DER HAUPTSTADTBRIEF

103. Ausgabe INFORMATIONS- UND HINTERGRUND-DIENST AUS BERLIN 13. Jahr 5 Euro

Schwerpunkt-Heft
Euro-Krise

DIEKLEINERT.DE/ANDREAS SCHIEBE

Schuldenkrise in Euro-Land. Mitschuld haben viele, auch Angela Merkel. Angst vor dem großen Crash.

Der Euro ist kranker als viele glauben. Weil Staaten mit Euro-Währung sich jahrelang rücksichtslos verschuldeten. Allen voran Griechenland. Aber auch viele (!) andere. Jahrelang sahen alle nur zu. Erst der aktuelle zweite (!) Griechenland-Kollaps machte deutlich: Ganz Euro-Land steckt in einer tiefen Krise. Ob der Euro sie überstehen kann, ist fraglich. Die Folgen eines Euro-Crash wären verheerend. Und sie träfen jedermann – oft sogar existentiell. Grund genug, sich in diesem Schwerpunkt-Heft mit der Euro-Krise eingehend zu befassen.

Auch Frau Merkel brach den Euro-Vertrag S. 4

Was namhafte Professoren, Politiker und Publizisten zum Thema Euro und zu dessen Zukunft sagen S. 8 ff.

DER HAUPTSTADTBRIEF 103

3 Editorial:
Bruno Waltert: Die Euro-Krise bedroht uns existentiell

4 Merkel bricht Euro-Vertrag
Die „Berliner Erklärung“ der Familienunternehmen im Wortlaut

6 Medienecho auf die „Berliner Erklärung“

8 Stoppt die Vergeudung, jetzt!
Prof. Brun-Hagen Hennerkes: Das Finanzgebaren der Bundesregierung ist für jeden soliden Familienunternehmer unverständlich

10 *Dieser Beitrag kann im Internet aus rechtlichen Gründen nicht publiziert werden.*

12 Der „Rettungsschirm“ lässt uns abstürzen
Prof. Dietrich Murswiek: Die Zerstörung der Stabilitätsunion heizt Staatsverschuldung und Inflation an

18 Der „Rettungsschirm“ vergrößert die Probleme noch
Prof. Lüder Gerken: Der Stabilitätsmechanismus kann für Deutschland zum Desaster werden

21 Von der Europäischen Union zur Schulden-Union
Peter Gauweiler: Das ist nicht das Europa der Vielfalt und Freiheit, das wir uns wünschen

24 Europa steckt in einer Teufelsspirale
Prof. Hans-Werner Sinn: Griechenland ist ein hoffnungsloser Fall, solange es im Euroraum bleibt

28 „Fort vom Weg in die Knechtschaft!“
Frank Schäffler: Griechenland sollte zeitweilig aus der Eurozone ausscheiden

33 Die Rettungsschirm-Inflation gefährdet Europa
Hans Kremendahl: Vor lauter Rettungsschirmen verlieren die Bürger den Überblick

36 Wir haben keine Euro-Krise, sondern eine Schuldenkrise
Andreas Unterberger: Die Zukunft des Euro ist durch einen Staatsbankrott Griechenlands nicht gefährdet

40 Welche Grenzen setzt das Grundgesetz der Politik?
Verfassungsgericht entscheidet wohl im Herbst

41 Einspruch, euer Ehren!
Die WELT-Währungskonferenz kritisiert einen leichtfertigen Gesetzgeber

45 Die Parteien in der Wähler-Zentrifuge
forsa-Chef Prof. Manfred Güllner: Nur 23,6 % aller Deutschen wählten zuletzt die Union, nur 16,1 % die SPD

48 Impressum

49 Grüne und SPD zuletzt gleichauf
forsa: Die neuesten Umfragewerte

50 Im September wird in Berlin gewählt
Bruno Waltert: SPD und Grüne liegen an der Spitze – aber wer stellt den Regierenden Bürgermeister?

51 Ein jung gebliebener Wilder
Peter Funken: Seit 40 Jahren macht Rainer Fetting Berlin zum Thema seiner Bilder

53 Neue Mega-Shoppingwelt für Berlin

Tobias von Schoenebeck: Auf dem Wertheim-Areal soll ein imposanter Neubau entstehen

ANDREAS SCHOELZEL

Bruno Waltert
Herausgeber und Chefredakteur

Die Euro-Krise bedroht uns existentiell

Von Bruno Waltert

„Heiße“ Diskussionsthemen gibt es zur Zeit in Deutschland viele: Den Atom-Ausstieg etwa – mit allem, was daran hängt. Das Ende der Wehrpflicht mitsamt den Nachwuchsproblemen für Waffen- und Ersatzdienst. Das Thema Steuersenkung trotz weiter wachsender öffentlicher Schulden. Den Anfang vom Ende des Afghanistan-Engagements. Und, und, und.

Viel böte Anlass, es hier aufzugreifen. Dennoch wendet sich dieser HAUPTSTADTBRIEF mit Schwerpunkt einem anderen, weil wichtigeren Thema zu: Den existentiellen Gefahren für jedermann, die wegen der aktuellen Euro-Krise leider sehr real geworden sind. Auch wenn viele sich noch nicht hinreichend alarmiert fühlen.

Das wird sich ändern, je mehr die Euro-Krise sich zuspitzt. Je mehr verstanden wird, dass im Extremfall jeder Deutsche existentiell bedroht sein wird – angesichts der kaum überschaubaren Milliarden-Verpflichtungen, die Schwarz-Gelb in Sachen Griechenland-Hilfe, Euro-Rettungsschirmen und weiteren europäischen Milliarden-Gräbern eingegangen ist.

Nicht dass man gegenüber Griechenland, Irland, Portugal (und weiteren, die sich bald einreihen werden) hätte tatenlos bleiben sollen. Aber die Bundesregierung hat sich auf einen Weg begeben, der im Blick auf die berechtigten Interessen der Deutschen schlicht unvertretbar ist.

Darauf haben 100 gewichtige deutsche Familienunternehmen in ihrer „Berliner Erklärung“ hingewiesen (siehe Seiten 4 und 5). Prominente Zeitungen haben es aufgenommen – insbesondere das wirtschaftsnahe „Handelsblatt“ (Hauptbeitrag auf der ersten Seite dort). Siehe Seiten 6 und 7.

Und: Der HAUPTSTADTBRIEF lässt zur Euro-Krise angesehene Professoren, Publizisten und Politiker zu Wort kommen (Seiten 8 bis 39). Wir hoffen sehr, das hilft unseren Lesern; auch im Blick auf die – nach der aktuellen Hauptverhandlung – im Herbst zu erwartende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (Seite 40).

Schließlich: Die Familienunternehmen haben zusammen mit der Zeitungsgruppe DIE WELT zum Thema Euro in Berlin ein Symposion veranstaltet – wir berichten darüber auf den Seiten 41 bis 43.

Trotz aller Schwerpunkt-Fixierung aber: Dieser HAUPTSTADTBRIEF bietet seinen Lesern auch fünf andere interessante Themen an. Etwa: Dass die Union bei der letzten Wahl bundesweit bei nur 23,6 Punkten lag, die SPD bei nur 16,1 Punkten – a l l e Wahlberechtigten zugrundegelegt. Und: Wer liegt bei der Berliner Landes-Wahl im September vorn – Rot oder Grün?

Merkel bricht Euro-Vertrag

Die „Berliner Erklärung“ der Familienunternehmen im Wortlaut. In Berlin fühlten einige sich angegriffen …

Die Bundesregierung hat mit ihrer Euro-Rettungsschirm-Politik einen verhängnisvollen Weg eingeschlagen. Die Politik trägt die Verantwortung, dass die mit Einführung des Euros beschlossene Obergrenze für die Staatsschulden nicht eingehalten wurde. Sie hat im vergangenen Jahr mit dem Grundsatz gebrochen, dass kein Land für die Schulden eines anderen Eurolandes einzustehen hat. Und sie hat schließlich mit ihrer Politik entscheidend dazu beigetragen, dass die Europäische Zentralbank ihre Unabhängigkeit verloren hat.

Die Risiken, die auf den Haushalt Deutschlands zukommen, sind damit unabsehbar geworden. Der Bundestag muss daher handeln. Dazu fordern die Familienunternehmen ihn jetzt eindringlich auf. Die Währungsunion muss auf eine neue Grundlage gestellt werden. Austritt und Ausschluss müssen möglich werden. Die nationalen Parlamente müssen in Fragen der Euro-Politik ihre Befugnisse in stärkerem Umfang als bisher ausschöpfen.

Die Familienunternehmen, die sich dieser Erklärung angeschlossen haben, beobachten die Vorgänge im Euro-Raum mit größter Sorge. Ihr Denken und Handeln wird vom Leitmotiv der persönlichen Haftung bestimmt, Solidität, Stabilität und Nachhaltigkeit sind oberstes Gebot. Das hat sie zum tragenden Fundament der deutschen Wirtschaft gemacht. Die deutschen Familienunternehmen wissen, welch überragende Rolle dabei solide Staatsfinanzen und eine stabile Währung spielen.

Die auf Stabilität gerichteten Regeln des Vertrages von Maastricht und die darin vorgesehenen disziplinierenden Maßnahmen haben sich als unzureichend erwiesen. Nur noch eine Minderheit der Euro-Länder hält die erlaubte Obergrenze bei der Neuverschuldung ein. Auch die im Vertrag von Lissabon festgelegte „Bail-out-Klausel“, die es verbietet zur Lösung der Zahlungsprobleme eines Landes das Geld der Steuerzahler eines anderen Landes heranzuziehen, wurde mit der Rettungsaktion für Griechenland im Ergebnis über Bord geworfen.

Die Währungsunion ist seither eine Transferunion. Mit weiteren, großzügig hochdotierten Rettungsschirmen für Irland und Portugal haben sich die Risiken nochmals drastisch erhöht und

können weiter steigen. Die Sorge, dass durch die auferlegten Sparmaßnahmen die Konjunktur eher behindert als befördert wird, ist berechtigt. Weil Sparen vor allem die schwächsten Bevölkerungsschichten trifft und Investitions- sowie Konsumneigung, Beschäftigung und damit auch mögliches Wachstum eher behindert, steigen die sozialen Spannungen in den betroffenen Ländern. Die jüngsten Unruhen zeugen davon.

Die Bundesrepublik trägt schon derzeit die weitaus größte Last der Euro-Krise. Aus dem Griechenland-Kreditpaket und der Garantie Deutschlands für die EFSF ergibt sich eine Gesamtsumme in Höhe von 141,4 Milliarden Euro. Wird der dauerhafte Euro-Rettungsschirm (ESM) implementiert, dann werden Deutschlands Garantien für die Euro-Rettung nach jetzigem Stand der Verhandlungen auf 190 Milliarden Euro ansteigen. Damit nimmt die Bundesrepublik Eventualverbindlichkeiten in Kauf, die gut einem Drittel aller jährlichen Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden entsprechen. Hinzu kommt, dass die Europäische Zentralbank ihre Unabhängigkeit aufgegeben hat. Auf Drängen der Politik finanziert sie nun in bisher nicht gekanntem Ausmaß Staatsschulden. Sie muss zudem für die Milliarden-Verluste der von ihr abhängigen einzelnen Notenbanken geradestehen.

Damit wurden alle Versprechen, die uns die Politik vor Eintritt in die Währungsunion gemacht hatte, gebrochen:

- dass die Einführung des EURO einen Stabilitäts- und Wachstumspakt darstellt,
- dass kein Land für die Schulden eines anderen Landes einzustehen hat, und schließlich
- dass die Europäische Zentralbank allein der Stabilität verpflichtet ist.

Daher ist jetzt die Stunde des Parlaments gekommen. Die Familienunternehmen, die sich dieser Erklärung angeschlossen haben, fordern die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, der verantwortungslosen Schulden-Politik Deutschlands ein Ende zu setzen. Selbst der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft hat diese Politik der Rettungsschirme scharf kritisiert und die zur Begründung angeführte „Alternativlosigkeit“ zurückgewiesen. “

Diese „Berliner Erklärung“ entstand im Vorfeld der WELT-Währungskonferenz, die die Stiftung Familienunternehmen gemeinsam mit der WELT-Gruppe am 27. Juni 2011 in Berlin ausrichtete.
www.familienunternehmen.de

Medienecho auf die „Berliner Erklärung“

Handelsblatt

G 02531 NR. 122/PREIS 2,30 € — DEUTSCHLANDS WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG — DIENSTAG 28. JUNI 2011

Dax 7107,90 -0,18% | Euro Stoxx 50 2723,93 +0,33% | Dow Jones 12043,56 +0,18% | S&P 500 1260,10 +0,92% | Euro/Dollar 1,42696 +0,65% | Euro/Pfund 0,89346 +0,49% | Euro/Yen 115,509 +1,20% | Brentöl 106,285 +0,12% | Gold 1497,205 -0,36% | Bund 10J. 2,991% +0,057PP | US Staat 10J. 2,922% +0,058PP

Mittelstand gegen Merkel

Die Rettung Griechenlands und die geplante Steuersenkung auf Pump rufen die Unternehmer auf den Plan. In einem offenen Brief wenden sie sich gegen eine Kanzlerin, die nicht mehr für solide Finanzpolitik steht. Merkel und der Mittelstand - die Geschichte einer Entfremdung.

D. Goffart, D. Fockenbrock
Berlin, Düsseldorf

Wann immer Angela Merkel über die Grundlagen der deutschen Wirtschaft spricht, darf ein Satz nicht fehlen: „Die Familienunternehmen, die Mittelständler in Deutschland, sind eine der zentralen Säulen unseres Wohlstands.“

Die Sympathie beruhte lange Zeit auf Gegenseitigkeit. Der Mittelstand gehörte zu den treuesten Anhängern der Konservativen. Das ändert sich gerade dramatisch. Die Unternehmen verlieren das Ver-

Das würden wir gerne auch weiterhin tun. Aber wir fragen uns: Wofür steht konservative Politik in diesem Land eigentlich noch, wofür steht die CDU?“

Das fragen sich auch prominente Unterzeichner wie der Chef des Textilunternehmens Trigema, Wolfgang Grupp, oder Martin Herrenknecht, Chef des gleichnamigen Tunnelbohrmaschinen-Herstellers. „Es kann nicht sein, dass der Finanzminister Milliardenrisiken für die Griechenland-Hilfe anhäuft“, bringt Marie-Christine Ostermann, Vorsitzende des Bundesverbandes Jun-

HANDELSBLATT EXKLUSIV

„Mobilität muss bezahlbar bleiben“

Klimaschutz verteuert die Mobilität der Menschen. Die EU dürfe es damit nicht übertreiben, sagt Matthias Wissmann, Präsident des Verbands der Automobilindustrie, im Interview. SEITE 22

SERIE

Die Wirtschaft wird weiblicher. Frauen erobern die Führungsetagen. Das Handelsblatt stellt die 100 einflussreichsten Managerinnen vor. Teil 7: Europa SEITEN 32, 33

Dem Optimismus eine Chance

Bob Doll, Chefstratege des weltgrößten Verwalters Blackrock, sieht die Entwicklung der USA trotz hoher Schulden positiv. SEITE 40

Billige Aktien

Europas Aktien sind so niedrig bewer-

Die „Berliner Erklärung“, zu der sich zahlreiche bedeutende Mittelständler bekennen, fand große mediale Beachtung. Wir zeigen hier einige Beispiele. Das „Handelsblatt“ machte das Thema sogar zur Aufmachungsgeschichte auf Seite 1.

DIE WELT

Protest gegen Merkels Euro-Kurs

Familienunternehmen fordern ein Ende der europäischen Schuldenpolitik

Neue Westfälische

Unternehmer gegen Hilfe für Griechen
Euro-Verschwendung soll beendet werden

Badische Zeitung

100 Chefs kritisieren Kanzlerin –
Unternehmer gegen Eurohilfen

Medienecho auf die „Berliner Erklärung“

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Familienunternehmer gehen auf die Barrikaden

Hundert Firmeninhaber sind gegen teure Rettungsaktionen für unsolide Eurostaaten

mas. BERLIN, 27. Juni. Deutsche Familienunternehmen schlagen aus Sorge über die Entwicklung im Euroraum öffentlich Alarm. „Die Bundesregierung hat mit ihrer Euro-Rettungsschirm-Politik einen verhängnisvollen Weg eingeschlagen“, heißt es in der sogenannten Berliner Erklärung der Stiftung Familienunternehmen. Die Risiken, die auf den Haushalt Deutschlands zukommen, seien unabsehbar geworden. „Der Bundestag muss daher handeln“, sagt die Stiftung und fordert, Austritt und Ausschluss aus der Währungsunion zu ermöglichen.

Die hundert Familienunternehmer, die sich der Erklärung angeschlossen haben, werfen der „Politik“ vor, mit dem Grundsatz gebrochen zu haben, dass kein Land für die Schulden eines anderen Eurolandes einzustehen hat. Auch konstatieren sie, dass die Europäische Zentralbank (EZB) ihre Unabhängigkeit verloren habe. Seit der Rettungsaktion für Griechenland sei die Währungsunion eine Transferunion geworden. „Mit weiteren, großzügig hoch dotierten Rettungsschirmen für Irland und Portugal haben sich die Risiken nochmals drastisch erhöht und können weiter steigen.“ Deutschland habe schon Garantien von 141,4 Milliarden Euro übernommen. Mit dem dauerhaften Euro-Rettungsmechanismus (ESM) würden es wohl 190 Milliarden Euro. „Damit nimmt die Bundesrepublik Eventualverbindlichkeiten in Kauf, die gut einem Drittel aller jährlichen Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden entsprechen“, kritisieren sie. Hinzu komme, dass die Europäische Zentralbank (EZB) auf Drängen der Politik in bisher nicht gekanntem Ausmaß Staatsschulden finanziere.

Die Euro-Krise habe das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik nachhaltig beschädigt, sagte Stiftungsvorstand Brun-Hagen Hennerkes. Er beklagte einen „Wortbruch der Regierung“. Vor Eintritt in die Währungsunion habe sie versprochen, dass kein Land für die Schulden eines anderen einzustehen habe und die Europäische Zentralbank allein der Stabilität verpflichtet sei. Nun sei die EZB zur größten „Bad Bank“ der Welt geworden. Hennerkes wandte sich zudem gegen den „Mythos“, Deutschland habe wie kein anderes Land von der Einführung des Euro profitiert. Vielmehr sei der Export mit Ländern außerhalb des Euroraums zuletzt stärker gestiegen, während er in die Eurozone sogar gesunken sei.

Süddeutsche Zeitung
NEUESTE NACHRICHTEN AUS POLITIK, KULTUR, WIRTSCHAFT UND SPORT

DEUTSCHLAND-AUSGABE HS2 München, Dienstag, 28. Juni 2011 67. Jahrgang / 26. Woche / Nr. 146 / 2,00 Euro

Euro spaltet die Wirtschaft

Familienunternehmer rebellieren gegen den Industrie-Verband

Der Euro als Spaltpilz, das ist neu. Eigentlich sollte die Gemeinschaftswährung ja ein Beschleuniger sein für eine immer engere Zusammenarbeit in Europa, so war die Idee vor mehr als 20 Jahren. Heute aber ist der Euro eher ein Katalysator für politische Gegensätze, sogar in der exportorientierten deutschen Wirtschaft, die doch traditionell weltoffen und Euro-freundlich ist. Deutsche Konzernchefs von Appel (Post) bis Zetsche (Daimler) haben kürzlich großflächig Anzeigen pro Euro geschaltet, am Montag konterten Mittelständler mit einer „Berliner Erklärung“ voller Euro-Zweifel – was soll man da noch glauben?

So viel Unordnung hatte es früher nicht gegeben, vor 20 Jahren, als der Einheitskanzler Helmut Kohl und sein Finanzminister Theo Waigel den Weg frei machten für den Euro. Kohl schweigt heute, aber Waigel kämpft. Wenn er auf einem Podium vor Mittelständlern sitzt, von denen viele die beinahe insolventen Griechen lieber heute als morgen aus der Euro-Zone drängen würden und den Euro am besten gleich mit, dann poltert er, ironisiert, polemisiert. Schmerzlich vermisst er Sachkenntnis und historisches Bewusstsein. Verspürt denn keiner außer ihm den Hauch der Geschichte?

Früher haben die Regierenden mit solchen Appellen vielleicht nicht die Bürger, aber doch die Wirtschaft hinter sich gebracht. Und wenn es hakte, dann genügte ein Anruf beim Arbeitgeberpräsidenten oder beim Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI). Heute kann das immer noch klappen, ausnahmsweise: Die Initiatoren der Konzern-Anzeige machten zuvor der Bundeskanzlerin ihre Aufwartung. Die Familienunternehmer dagegen haben ihre Erklärung nicht vom Wohlwollen des politischen Berlin abhängig gemacht, warum auch. Explizit nehmen sie die Merkel-Politik aufs Korn. Die Regierung habe mit der Rettungsschirm-Politik einen verhängnisvollen Weg eingeschlagen, voll Lug und Betrug. Die Politik habe Stabilität versprochen und nichts gehalten. Die Währungsunion müsse auf eine neue Grundlage gestellt werden, fordern die Unternehmer, die gewohnt sind, auf eigenes und geliehenes Geld gut aufzupassen. Genau das erwarten sie auch von der Politik; für historische Zusammenhänge bleibt da kein Platz.

Viele der Unterzeichner der „Berliner Erklärung“ haben sich auch an einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht beteiligt, mit der Euro-Kritiker ein höchstrichterliches Machtwort gegen die „Schuldenpolitik“ aus Berlin begehren; Karlsruhe wird das Thema in der kommenden Woche mündlich verhandeln. Die kampferprobten Euro-Kläger der ersten Stunde, die schon mehrfach und bisher vergeblich vor Gericht gezogen sind, spüren Rückenwind wie nie.

Was sich da verschiebt im politischen Geflecht, wird Folgen haben. Für die Akzeptanz des Euro, aber auch für die Verbandslandschaft. Die jetzt rebellierenden Firmeneigentümer sind im Verband der Familienunternehmer organisiert, einer aufstrebenden und marktwirtschaftlich orientierten Organisation, die gerne klare Kante zeigt. Wie frisch wirkt das gegenüber dem angestaubten BDI, der alle und jeden Mitgliedsverband auf eine Linie bringen muss.

Beim BDI weiß man um die Gefahr, man spürt den Bedeutungsverlust. Der einst stolze Spitzenverband wirkt wie paralysiert, er sucht fast schon verzweifelt eine Strategie. Das wird schwer, die anderen haben das bessere Thema. Es ist in diesen Tagen leichter, gegen den Euro zu sein als für ihn. *Marc Beise*

Stoppt die Vergeudung, jetzt!

Das Finanzgebaren der Bundesregierung
ist für jeden soliden Familienunternehmer unverständlich

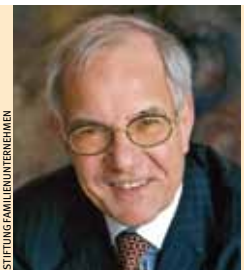
Fünf Fragen an den Chef der Stiftung Familienunternehmen,
Prof. Brun-Hagen Hennerkes. Und seine Antworten:

Deutschlands Familienunternehmer machen sich Sorgen. Warum ist das so?

PROF. HENNERKES: Vor allem erschreckt den aufs solide Wirtschaften bedachten Familienunternehmer die Leichtfertigkeit, mit der unsere Steuergelder sowohl im Inland als auch im internationalen Schulden-Geschacher ausgegeben werden, ebenso wie die Tatsache, mit der unser Staat die daraus entstehenden Finanzlücken durch immer neue Griffe in die Taschen der Steuerzahler auffüllt, statt Ausgaben zu kürzen.

Sie sprechen von Finanzlücken. Welchen Einfluss hat die EU auf deren Zustandekommen?

Mit Sorge betrachten viele Familienunternehmen die Zwangsmechanismen der EU. Innerhalb der Europäischen Union ist es kaum mehr möglich, die von einem riesigen Beamtenapparat einmal in Gang gesetzten Entscheidungen zu stoppen, selbst wenn diese völlig unsinnig sind. Das gilt nicht zuletzt im Bereich der Finanzpolitik. Und damit sind wir beim Thema der leichtfertigen Spendierfreude. Deutschland hat sich nicht

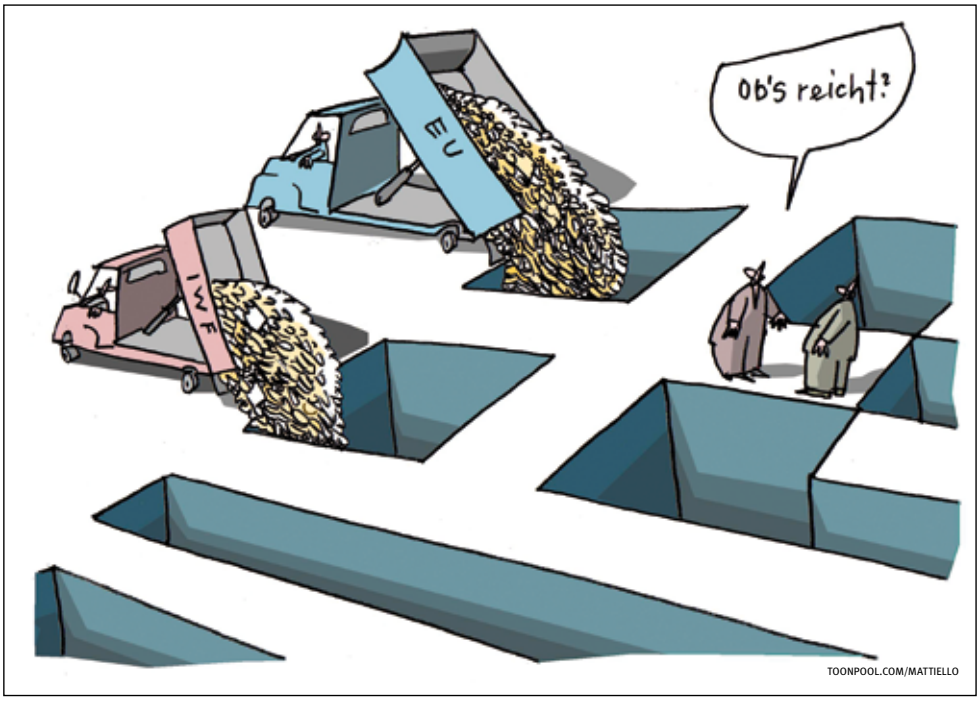


Prof. Dr. Dr. h.c. Brun-Hagen Hennerkes
ist führender Experte in Sachen Familienunternehmen,
Autor zahlreicher wissenschaftlicher Veröffentlichungen
und Vorstand der Stiftung Familienunternehmen,
die von ihm im Jahr 2002 gegründet wurde.

einmal andeutungsweise dagegen gewehrt, dass uns der größte Teil der Rettungsaktionen und -versprechen für die – wohlgemerkt durch eigenes Verschulden – in Geldnot geratenen EU-Nachbarn aufgebürdet worden ist.

Was hätten Sie von der Bundesregierung erwartet?

Die Bundesregierung hat die zentralen Versprechen gebrochen, die sie ihren Wählern bei der Einführung des Euro gegeben hat: die eisern einzuhaltenden Obergrenzen für Staatsdefizite und Verschuldung, die politische Unabhängigkeit einer Europäischen Zentralbank, das Verbot, fremde Staatsdefizite zu finanzieren, und vor allem den Haftungsausschluss jedes Mitgliedslandes für die Schulden eines anderen.



Stattdessen haben die Politiker uns Steuerzahlern schwere Hypotheken aufgeladen. Allein am „Rettungsschirm“ mit seinen Zusagen für die schwachen Euroländer ist Deutschland mit 391 Milliarden Euro beteiligt. Und wenn Griechenland, das schon als Hochstapler in die EU eingezogen ist, die Hälfte seiner Schulden erlassen würde, wäre der deutsche Steuerzahler mit gut 40 Milliarden dabei, so die Berechnung des Düsseldorfer Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung. Und all’ das, ohne dass ein schlüssiges Konzept zur Euro-Rettung vorgelegt wird.

Welche Konsequenzen hat das für unser Land?

Ein solches Finanzgebaren ist für den Familienunternehmer mehr als unverständlich. So blickt er jetzt auch gespannt nach Baden-Württemberg, wo Grüne und SPD den „ökologischen Umbau“ angekündigt haben, zwei Parteien, die nicht gerade für den zurückhaltenden Umgang mit dem Geld ihrer Bürger bekannt sind. Denn was dort geschieht, könnte künftig auch im Rest der Bundesrepublik um sich greifen – wenn die Erfolgswelle der Grünen weiterrollt.

Was macht Sie so besorgt?

Für den Unternehmer ist schon das Motto „Weniger Autos sind natürlich besser als mehr“ (so der neue Landesvater Winfried Kretschmann) schmerzhaft. Denn damit geht es nicht nur den großen Autoherstellern an den Kragen, sondern gerade auch den in Baden-Württemberg ansässigen unzähligen Zulieferbetrieben – überwiegend in Familienhand. Es wäre um die Politik besser bestellt, wenn sie sich die Tugenden und Werte des ehrbaren Kaufmanns, der das Bild unserer Familienunternehmer nach wie vor prägt, stärker zueigen machte. Wenn sie einen für den Familienunternehmer nachvollziehbaren Wertekodex für ihr Handeln hätte, und wenn wir als Bürger mehr Verlässlichkeit, mehr Berechenbarkeit im politischen Alltag hätten. ◆

Dieser Beitrag kann im Internet aus rechtlichen Gründen nicht publiziert werden.

Dieser Beitrag kann im Internet aus rechtlichen Gründen nicht publiziert werden.

WWW.DIETRICH-MURSWIEK.DE/KLAUS MELLENTHIN

Prof. Dr. Dietrich Murswiek ist Geschäftsführender Direktor des Instituts für Öffentliches Recht der Universität Freiburg. Die Verfassungsbeschwerde Peter Gauweilers gegen den Lissabon-Vertrag unterstützte er mit einem Gutachten.

Der „Rettungsschirm“ lässt uns abstürzen

Die Zerstörung der Stabilitätsunion heizt Staatsverschuldung und Inflation an. Mit „Rettungsschirmen“ werden nicht Staaten wie Griechenland oder Irland gerettet, sondern vor allem jene, die unverantwortlich und aus Profitgier hohe Kredite gaben – wie etwa Banken

Von Dietrich Murswiek

Wir Deutschen haben bittere Erfahrungen mit Geldentwertungen und Währungsreformen gemacht. Die relativ stabile D-Mark wurde deshalb zum Markenzeichen des Wirtschaftswunders und zum Symbol bundesdeutscher ökonomischer Identität. Als die D-Mark durch den Euro ersetzt werden sollte, wurde von allen beteiligten Politikern hoch und heilig versprochen, dass der Euro genauso stabil werden solle wie die D-Mark.

Die Europäische Währungsunion, so versprachen die Politiker, sollte eine „Stabilitätsunion“ werden. Geldwertstabilität aber lässt sich nur bewahren, wenn die Staatsfinanzen in Ordnung sind und wenn nicht zur Finanzierung von Haushaltsdefiziten die Geldmenge inflationiert wird. Deshalb macht der Vertrag von Maastricht (jetzt der AEUV) die Einhaltung der Konvergenzkriterien zur Voraussetzung für die Aufnahme von Staaten in die Euro-Zone, nämlich ein Haushaltsdefizit von maximal 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und eine Staatsverschuldung von maximal 60 Prozent des BIP.

„Ohne Verstoß gegen den Vertrag wäre Griechenland nicht in die Eurozone aufgenommen worden, und uns wären viele Probleme erspart geblieben.“

Diese Stabilitätskriterien müssen auch nach Einführung des Euro von den Euro-Staaten dauerhaft eingehalten werden. Diese Säule der „Stabilitätsunion“ war von vornherein wackelig, weil die EU es bereits bei der Entscheidung, welche Staaten in die Euro-Zone aufgenommen wurden, nicht sehr ernst mit diesen Kriterien nahm und weil die Kriterien nach Einführung des Euro von den Euro-Staaten ständig verletzt wurden, ohne dass die EU sich nachdrücklich um die Durchsetzung der vertraglichen Stabilitätspflichten bemühte. Ohne Verstoß gegen den Vertrag wäre Griechenland nicht in die Eurozone aufgenommen worden, und uns wären viele Probleme erspart geblieben.

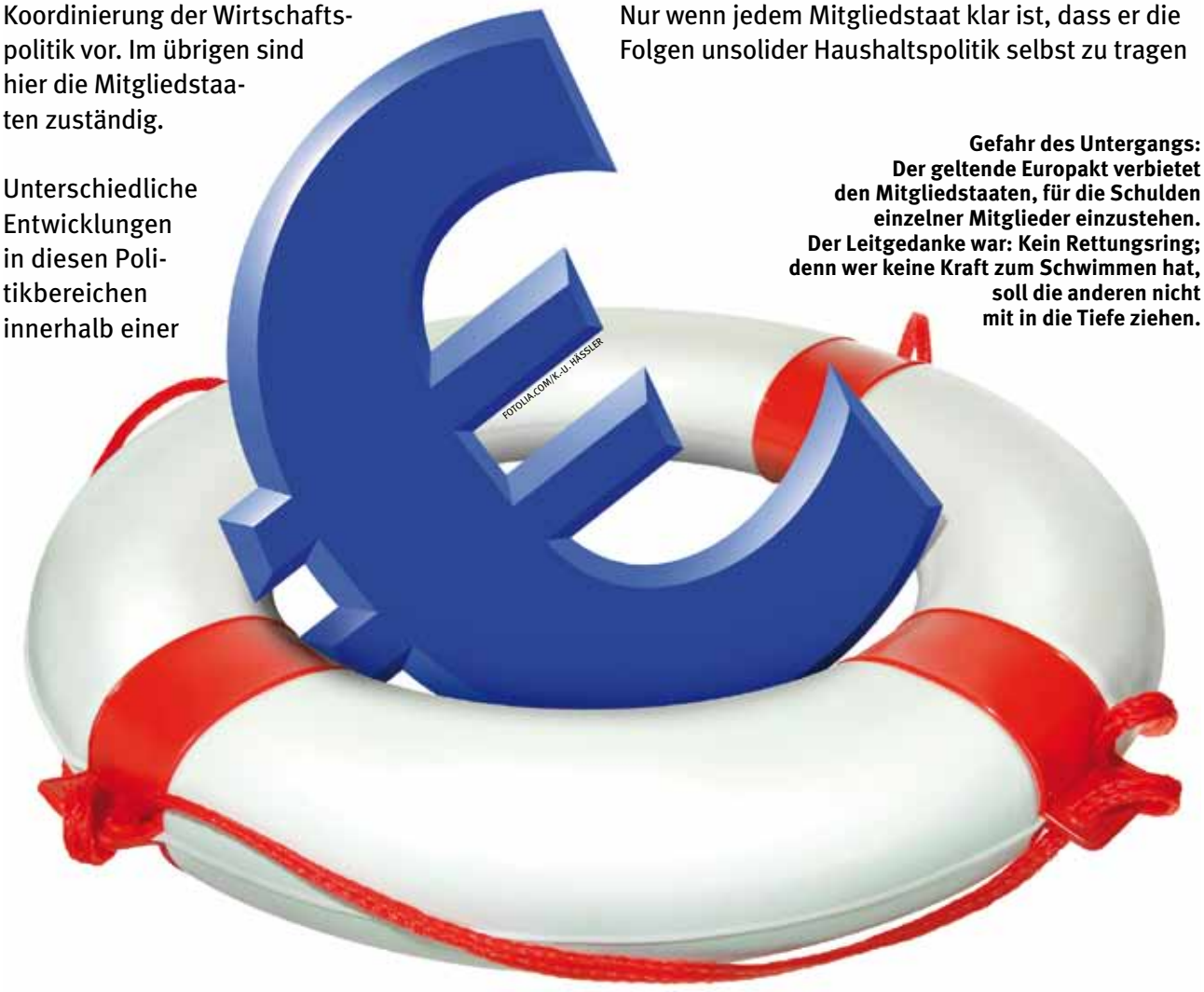
Die zweite Säule der Stabilitätskonstruktion ist die Europäische Zentralbank (EZB), die nach dem Vertrag von der Politik unabhängig und vorrangig der Wahrung der Preisstabilität verpflichtet sein muss. Ausdrücklich verboten ist es deshalb, dass die EU oder Mitgliedstaaten von der EZB oder von den Zentralbanken der Mitgliedstaaten Kredite erhalten. Auch dürfen die EU und die nationalen

Regierungen und Körperschaften keinen bevorzugten Zugang zu Finanzinstituten erhalten. Der Vertrag verlangt also, dass sie sich Kredite nur zu normalen Marktkonditionen verschaffen dürfen; so will der Vertrag der Versuchung einer übermäßigen Verschuldung entgegenwirken.

Der dritte Stützpfeiler der Stabilitätsunion ist das Bail-out-Verbot: Der Vertrag verbietet nicht nur der EU, sondern auch den Mitgliedstaaten, für die Schulden anderer Mitgliedstaaten einzustehen. Das ist für die Stabilitätskonstruktion der Währungsunion von zentraler Bedeutung. Denn die Währungsunion wird nicht durch eine Wirtschaftsunion ergänzt; auf eine Vergemeinschaftung der Wirtschafts-, Finanz-, Haushalts- und Sozialpolitik konnten sich die Mitgliedstaaten nicht einigen. Der Vertrag sieht nur in Ansätzen eine Koordinierung der Wirtschaftspolitik vor. Im übrigen sind hier die Mitgliedstaaten zuständig.

Unterschiedliche Entwicklungen in diesen Politikbereichen innerhalb einer Währungsunion können aber zu unerträglichen Spannungen führen. In einem Eurostaat wächst die Wirtschaft, in einem anderen stagniert sie. In einem Staat ist das Preisniveau stabil, in einem anderen entwickeln sich inflationäre Tendenzen. Die EZB kann der unterschiedlichen Wirtschaftsentwicklung der Eurostaaten aber nicht mit einer differenzierten Geldpolitik Rechnung tragen, sondern ihre Zinssätze nur einheitlich für das ganze Währungsgebiet festsetzen. Solche Spannungen lassen sich nur dann einigermaßen vermeiden, wenn alle Mitglieder der Euro-Zone sich strikt an die Stabilitätsvorgaben des Vertrages halten und übermäßige Defizite vermeiden.

Mit dem Bail-out-Verbot will der Vertrag sicherstellen, dass jeder Eurostaat für die Entwicklung seiner Finanzlage selbst die Verantwortung trägt. Nur wenn jedem Mitgliedstaat klar ist, dass er die Folgen unsolider Haushaltspolitik selbst zu tragen



Gefahr des Untergangs: Der geltende Europakt verbietet den Mitgliedstaaten, für die Schulden einzelner Mitglieder einzustehen. Der Leitgedanke war: Kein Rettungsring; denn wer keine Kraft zum Schwimmen hat, soll die anderen nicht mit in die Tiefe ziehen.

hat, wird er die nötigen Anstrengungen für eine nachhaltige Haushaltspolitik unternehmen. Kann er hingegen mit der Hilfe anderer Staaten rechnen, ist der Anreiz groß, sich zu verschulden und auf Kosten anderer zu leben. Genau dies will der Vertrag vermeiden. Die Währungsunion ist nicht als Transferunion konzipiert worden. Einen „Länderfinanzausgleich“ wie zwischen Bund und Ländern in Deutschland gibt es in der EU nicht. Zu so etwas hat der Gesetzgeber mit dem Zustimmungsgesetz zu dem Vertrag niemals seine Zustimmung gegeben, und er hätte dazu nach dem Grundgesetz auch gar nicht seine Zustimmung geben dürfen.

Durch das „Griechenland-Rettungspaket“ und den „Euro-Rettungsschirm“ werden auch diese beiden tragenden Säulen der Stabilitätsunion unterminiert. Die EZB kauft marode Staatsanleihen der PIIGS-Staaten auf, und die Steuerzahler der solide wirtschaftenden Staaten haften dafür in Form von Kapitalerhöhungen für die EZB. Vor allem aber wird mit den „Rettungspaketen“ das Bail-out-Verbot verletzt und faktisch sogar dauerhaft beseitigt. Im Namen europäischer „Solidarität“ wird das geltende Europarecht missachtet und das vertragliche Regelwerk zerstört, das die Stabilität des Euro sichern soll. Als „guter Europäer“ gilt nur derjenige, der das Recht verletzt, wenn es den Zielen derjenigen dient, die in den EU-Organen definieren, was im Sinne Europas ist. Dass die geforderte Solidarität nach dem Vertrag gerade nicht gefordert werden darf, spielt offenbar keine Rolle.

> *Die Demokratie hat so oder so einen schweren Schaden erlitten.*

Der Euro müsse „um jeden Preis“ gerettet werden, hat Kommissionspräsident Barroso gesagt – das heißt nicht nur um den Preis unbegrenzter Milliardentransfers von den solide wirtschaftenden zu den unsolide auf Kredit lebenden Staaten, sondern auch um den Preis der Zerstörung des vertraglichen Systems der Stabilitätssicherung.

Man müsse die Märkte beruhigen, lautete die Begründung für die „Rettungsschirme“. Aber wie soll sich Vertrauen an den Märkten je wieder herstellen lassen, wenn die Politik das Gegenteil von dem tut, was die Fundamentalnormen der europäischen Währungsverfassung vorschreiben? In was sollen die Marktakteure noch Vertrauen haben können, wenn nicht einmal mehr in die Beachtung der ranghöchsten Normen der europäischen Rechtsordnung durch die EU-Organe und die Eurostaaten? Der eklatante Bruch der Währungsverfassung untergräbt zugleich das Rechtsbewusstsein. Den Bürgern wird hier von der Politik vorgeführt, dass Recht, sogar Verfassungsrecht, einfach beiseite geschoben werden kann, wenn die Interessenlage es erfordert.

Freilich versucht die Bundesregierung, die „Rettungsschirm“-Politik vor dem Bundesverfassungsgericht damit zu rechtfertigen, dass sie sich der Sache nach auf einen übergesetzlichen Notstand beruft. Gemäß der Maxime „Not kennt kein Gebot“ argumentiert sie, es könne doch nicht sein, daß man einer katastrophalen Entwicklung tatenlos zusehen müsse. Ohne das Griechenland-Rettungspaket und den „Rettungsschirm“, so wird behauptet, wäre ein Dominoeffekt entstanden und nach Griechenland wären auch andere Länder insolvent geworden, was schließlich in eine neue Finanzkrise gemündet hätte, deren Ausmaß diejenige von 2008 möglicherweise noch übertroffen hätte. Zur „Rettung des Euro“ sei der „Rettungsschirm“ unbedingt notwendig und „alternativlos“ gewesen.

„Alternativlos“ ist aber zu Recht das Unwort des Jahres 2010. Natürlich hätte es Alternativen gegeben, insbesondere einen Schuldenschnitt bei den Gläubigern der maroden Staatsanleihen und nicht zuletzt die Rückkehr Griechenlands zur Drachme. Den „Euro zu retten“, indem man die Säulen der Stabilitätsunion zum Einsturz bringt, das ist so, als würde man einen Wasserschaden beheben wollen, indem man das Haus in die Luft sprengt.

Und schließlich: Notstandsmaßnahmen müssen sachlich und zeitlich auf die Behebung einer

konkreten Notsituation beschränkt sein. Der „alternativlose Rettungsschirm“ ist zwar auf drei Jahre befristet, doch stellt er in keiner Weise sicher, dass dann die Notlage behoben sein wird. Er ist seiner Konzeption nach auf Fortsetzung angelegt und angewiesen. Der Notstand endet damit, daß man ihn zum Normalzustand erklärt. Das Notstandsregime wird nicht zeitnah beendet, sondern perpetuiert. Was wir bereits im Mai letzten Jahres bei der Erhebung unserer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht voraussagten, wird jetzt mit der Schaffung des Dauer-Rettungsschirms ins Werk gesetzt.

Gerettet werden mit den „Rettungsschirmen“ im übrigen weder der Euro noch die begünstigten Staaten. Jeder weiß, dass Griechenland oder Irland die Kredite, die sie zur „Rettung“ erhalten, nie werden zurückzahlen können. Umschuldungen sind auf Dauer unausweichlich. Die Probleme werden nur in die Zukunft verschoben. Und sie werden dadurch immer größer.

Gerettet werden nicht Griechenland und Irland, sondern deren Gläubiger – vor allem große Banken, die in unverantwortlicher Weise diesen Staaten aus Profitgier Kredite gegeben haben, ohne auf die Risiken zu achten. Sie streichen hohe Renditen ein, und das Risiko soll ihnen nun der Steuerzahler in Form von „Rettungspakten“ abnehmen, die Hunderte von Milliarden schwer sind. Mit Marktwirtschaft hat das nichts mehr zu tun. Die Politik schafft Anreize nicht nur für unsolide Haushaltswirtschaft der Euro-Staaten, sondern auch für hemmungslose Spekulationsgeschäfte der Banken, die sich durch die „Rettungsschirme“ darin bestätigt fühlen können, dass die Regierungen sie immer wieder mit Steuergeldern aus dem Sumpf ziehen werden, wenn ihre Spekulationen fehlschlagen.

Wenn nun der Vertrag geändert, das Bail-out-Verbot aufgehoben und der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) als dauerhafter

HSB/MZ

Gefahr des Ausuferns: Im Gespräch ist ein zweiter, dauerhafter Rettungsschirm in Höhe von 700 Milliarden Euro – das wäre ein Euro-Schein mit einer Sieben und elf Nullen.

„Rettungsschirm“ vertraglich institutionalisiert wird, erhält nicht nur die Währungsunion, sondern auch die EU insgesamt einen völlig anderen Charakter. Die EU wird zur Haftungsgemeinschaft und zur Transferunion. Die hart arbeitenden Steuerzahler in den solide wirtschaftenden Staaten haben für diejenigen zu zahlen, die über ihre Verhältnisse auf Pump konsumieren.

Auch die bisher soliden Staaten werden, um die Transfers leisten zu können, immer mehr Schulden aufnehmen müssen. Die Schulden der einen werden mit neuen Schulden der anderen bezahlt. Die wachsenden Schuldenberge werden einerseits zu Steuererhöhungen zwingen oder notwendige Steuerentlastungen verhindern und andererseits den Druck auf die Staaten erhöhen, sich die Schuldenlast durch Inflation zu erleichtern. Diese Politik ist Gift für eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung.

Außerdem untergräbt die Euro-Rettungspolitik unsere Demokratie. Das Parlament wird mit der Behauptung einer unausweichlichen Zwangslage zu Verfügungen über Haushaltsmittel in einer exorbitanten Größenordnung faktisch erpresst. Wenn den Abgeordneten gesagt wird, es drohe der Zusammenbruch des ganzen Wirtschaftssystems in Europa, und diese Katastrophe könne alternativlos nur durch sofort und ohne Zeit für nähere Prüfung zur Verfügung gestellte Bürgschaften in Höhe von mehr als einem halben Bundeshaushalt abgewendet werden, dann bleibt dem Parlament nichts anderes als die Zustimmung.

Demokratische Legitimation setzt aber voraus, dass die Volksvertretung frei zwischen Alternativen wählen kann. Wird sie in eine Zwangslage versetzt, in der es keine freie Alternativenwahl mehr gibt, dann ist damit die Grundlage demokratischer Legitimation beseitigt. Wenn die Regierung die Abgeordneten unter massivem Zeitdruck mit Hinweis auf eine – angeblich – drohende ökonomische Katastrophe zu einer angeblich alternativlosen Entscheidung drängt, obwohl es sinnvolle Alternativen gibt, entzieht sie dem Prozess parlamentarisch-demokratischer Legitimation die Basis.

Und wenn die Regierung nach den Erfahrungen der Bankenkrise von 2008, als die „systemisch relevanten“ Banken ebenfalls alternativlos mit Steuergeldern gerettet werden mussten, nichts Wirksames unternimmt, um das Entstehen systemischer Risiken im Bankensektor zu verhindern oder systemimmanent aufzufangen, dann ist sie dafür verantwortlich, dass die Banken – wie jetzt mit ihrer unverantwortlichen Investition in Staatsanleihen der PIIGS-Staaten – erneut aus privater Profitgier systemische Risiken in einer Größenordnung erzeugen, die das Parlament vor die Zwangslage stellen, Steuergelder zur Rettung bereitzustellen, um größtes Unheil vom Gemeinwesen abzuwenden.

Wenn es also zuträfe, dass der „Rettungsschirm“ alternativlos wäre, dann wären es die Banken, die mit ihren Milliarden-Engagements in griechischen, irischen und portugiesischen Staatsanleihen die alternativlose Zwangslage herbeigeführt hätten. Dann bestimmten mit ihrem Investitionsverhalten die Banken, wofür das Geld der Steuerzahler eingesetzt werden muss; das Parlament wäre gezwungen, dies auszuführen. Und die Regierung wäre dafür verantwortlich, dass die Banken eine solche Zwangslage herbeiführen konnten.

Die Demokratie hat so oder so einen schweren Schaden erlitten. Wie auch immer die Zukunft unserer Währung gestaltet wird – wir brauchen dringend eine fundamentale Strukturreform des Bankwesens, wenn die Demokratie nicht völlig vor die Hunde gehen soll. Das Problem der systemischen Banken und ihrer systemischen Risiken bedarf einer schnellen und grundlegenden Lösung, sonst stolpert das Parlament von einer alternativlosen Zwangslage in die nächste. Die zaghaften Ansätze, die die Politik in Reaktion auf die Lehman-Brothers-Folgen gemacht hat, reichen auch nicht annähernd aus, wie das neue Banken-Bail-Out mit Hilfe der „Euro-Rettungsschirme“ mit aller Deutlichkeit vor Augen führt. ◆

Andere reden vom globalen Dorf. Wir tun was dafür.

Schnelles Internet ist die Zukunft. Deshalb engagiert sich Vodafone für eine flächendeckende Breitbandversorgung. Damit ganz Deutschland Zugang zu High-Speed-Internet hat, global wettbewerbsfähig bleibt und im digitalen Zeitalter den Anschluss behält.

power to you

Prof. Dr. Lüder Gerken, gebürtiger Bremer, ist Direktor des Centrums für Europäische Politik und Vorsitzender des Vorstands der Stiftung Ordnungspolitik, Freiburg, sowie Vorstand der Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung. Unter anderen publizierte Gerken das Buch „Walter Eucken und sein Werk. Rückblick auf den Vordenker der sozialen Marktwirtschaft."

Der „Rettungsschirm" vergrößert die Probleme noch

Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) kann für Deutschland zu einem finanzpolitischen Desaster werden. Und der zusätzliche Euro-Plus-Pakt (EPP) ist dazu geeignet, die leistungsfähigen Volkswirtschaften zurückzuwerfen – und damit ganz Europa

Von Lüder Gerken

Vermutlich nach der Sommerpause, spätestens in einem Jahr werden die Abgeordneten des Deutschen Bundestages über ein Zustimmungsgesetz zur Schaffung eines Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) zu entscheiden haben, das in seiner Tragweite gar nicht überschätzt werden kann. Der ESM, der am 24. März von den europäischen Staats- und Regierungschefs beschlossen wurde und in den Medien oft Euro-Rettungsschirm heißt, sollte die Antwort auf die Schuldenkrise Griechenlands, Portugals und anderer Staaten sein, die die Existenz der Gemeinschaftswährung bedroht.

„Der Stabilitätsmechanismus ist nicht geeignet, die Probleme zu lösen, die für die Krise ursächlich sind."

Doch heute schon ist absehbar, dass der ESM nicht nur kein Problem lösen wird, sondern – schlimmer noch – dazu geeignet ist, die Finanzstabilität Deutschlands akut zu gefährden, da er die Kreditwürdigkeit auch unseres Landes zu untergraben droht.

Der ESM soll jene Euro-Staaten mit Finanzhilfen versorgen, die sich wegen Überschuldung nicht mehr zu tragbaren Konditionen am Kapitalmarkt refinanzieren können. Damit ist der ESM allenfalls dazu in der Lage, eine Liquiditätskrise zu überwinden. Jedoch: Die Ausrichtung auf die Staatshaushalte greift hier deutlich zu kurz. Denn die Schuldenkrise der notleidenden Staaten ist die Folge eines viel umfassenderen Problems: Das übergreifende eigentliche Problem liegt in der Verschuldung der Volkswirtschaften insgesamt.

Die Importe beispielsweise Griechenlands und Portugals übersteigen seit Jahren deren Exporte. Die Differenz – sie drückt sich im Defizit der Leistungsbilanz aus – haben sie bisher mit Krediten aus den Ländern mit Exportüberschüssen, vor allem aus Deutschland, finanziert. Um diese Kredite nun zurückzahlen zu können, müssten diese Länder nun selbst zu ausgeprägten Exportländern werden und Überschüsse erwirtschaften. Dazu aber sind sie nicht in der Lage, weil ihre Unternehmen aufgrund massiver realwirtschaftlicher Verwerfungen – allen voran erheblich höherer Lohnstückkosten – gegen-

über den nordeuropäischen Unternehmen in der Summe nicht wettbewerbsfähig sind.

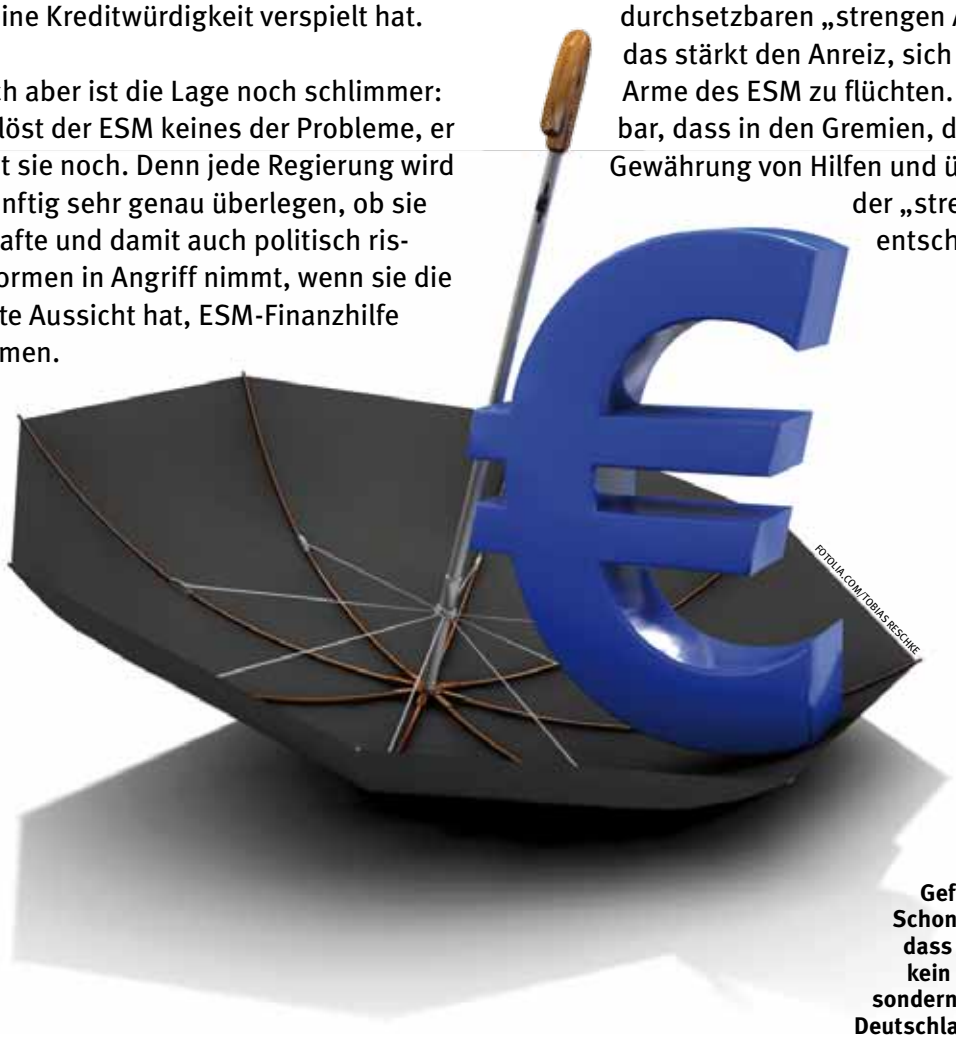
Ganz im Gegenteil: Die Auslandsverschuldung dieser Länder steigt immer weiter an. Ohne den Euro würden die Leistungsbilanzdefizite und damit auch der Kreditbedarf über den Wechselkurs von selbst beseitigt. In einer Währungsunion geht das aber nicht mehr. Hierin liegt der fundamentale Unterschied zu Schuldenkrisen, wie wir sie schon in Asien und in Südamerika erlebt haben.

Der ESM ist nicht imstande, die realwirtschaftlichen Probleme zu bekämpfen. Zwar soll die Auszahlung der ESM-Finanzhilfen an „strenge Auflagen“ geknüpft sein. Doch kann der ESM Auflagen zu Reformen erst dann vorschreiben, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist, nämlich dann, wenn ein Staat bereits seine Kreditwürdigkeit verspielt hat.

Tatsächlich aber ist die Lage noch schlimmer: Nicht nur löst der ESM keines der Probleme, er vergrößert sie noch. Denn jede Regierung wird es sich künftig sehr genau überlegen, ob sie schmerzhafte und damit auch politisch riskante Reformen in Angriff nimmt, wenn sie die begründete Aussicht hat, ESM-Finanzhilfe zu bekommen.

Da aber oberstes Ziel des ESM der Schutz der Eurozone vor der Insolvenz eines Mitgliedstaates ist, haben die Geberländer, also die Exportüberschussländer, von vornherein ihren wichtigsten Trumpf aus der Hand gegeben. Sie können ihre Finanzhilfen nicht mehr glaubwürdig von der Durchführung grundlegender Reformen abhängig machen, weil sie diese Finanzhilfen in jedem Fall gewähren müssen, eben weil sie die Eurozone vor der Insolvenz eines Mitglieds bewahren wollen. Umgekehrt kann sogar der Empfängerstaat mit der Drohung einer Staatsinsolvenz (oder eines Ausscheidens aus der Eurozone) die anderen erpressen.

Hinzu kommt noch ein weiterer Umstand: Je mehr Staaten erwägen, Hilfen des ESM in Anspruch zu nehmen, umso stärker wird ihre Verhandlungsposition – und umso schwächer folglich auch die durchsetzbaren „strengen Auflagen“. Auch das stärkt den Anreiz, sich in die rettenden Arme des ESM zu flüchten. Somit ist absehbar, dass in den Gremien, die über die Gewährung von Hilfen und über die Strenge der „strengen Auflagen“ entscheiden, am Ende



Gefahr des Umkippens: Schon heute ist absehbar, dass der Rettungsschirm kein Problem lösen wird, sondern die Finanzstabilität Deutschlands akut gefährdet.

nicht zuletzt potentielle Sünder über tatsächliche Sünder richten – mit absehbarem Ergebnis.

Rigide Auflagen zu realwirtschaftlichen Reformen kann allenfalls der IWF gewährleisten, in dessen Gremien die notleidenden Staaten keinen dominanten Einfluss haben. Aber: Der ESM soll Finanzhilfe auch dann auszahlen dürfen, wenn der IWF eine Beteiligung wegen zu laxer Auflagen ablehnt.

Besonders problematisch ist zudem die – ausdrücklich für zulässig erklärte – Gewährung von Finanzhilfen durch den Ankauf von Staatsanleihen am Primärmarkt. Diese Option eröffnet bereits heute den Spielraum für spätere Wünsche, den ESM zu einer herkömmlichen Verschuldungsanstalt zu transformieren, bei der sich kreditunwürdige Staaten bedienen können.

Um wenigstens den Anschein von stabilitätsorientierter Tugendhaftigkeit aufrecht zu erhalten, haben die Staats- und Regierungschefs neben dem wirkungslosen ESM auch einen Euro-Plus-Pakt (EPP) vereinbart. Dieser EPP soll Not leidende Länder zu Reformen veranlassen, bevor Hilfen des ESM in Anspruch genommen werden. Jedoch ist der EPP an Unverbindlichkeit kaum zu überbieten. Er enthält weder verpflichtende noch konkrete Zielvorgaben. Es bleibt jedem Staat anheim gestellt, selbst über seine Reformpolitik zu entscheiden, er muss lediglich die im Pakt als wesentlich festgestellten Fragen „prüfen“. Und: Ein Staat verpflichtet sich nur zu jenen Reformen, die er auch selbst vorgeschlagen hat.

Schlimmer noch: Der EPP in seiner jetzigen Form ist dazu geeignet, die leistungsfähigen Volkswirtschaften – und damit ganz Europa – zurückzuwerfen. Denn er verpflichtet reformwillige Staaten, ihre geplanten Reformschritte mit den notleidenden Staaten abzustimmen. Der Weg hin zu einer Nivellierung nach unten ist damit vorgezeichnet. Das Ergebnis wird ein Schwinden der Leistungsfähigkeit der europäischen Volkswirtschaften sein.

Kurz gesagt: Weder ESM noch EPP sind dazu geeignet, die Probleme zu lösen, die für die Krise unserer Währung ursächlich sind. Doch leider hat der ESM auch alle Zutaten, für Deutschland zu einem finanzpolitischen Desaster zu werden. Denn: Deutschland zahlt 22 Milliarden Euro in den ESM ein und haftet darüber hinaus für weitere 168 Milliarden. Diese 190 Milliarden, die im schlimmsten Fall fällig wären, entsprechen in etwa 60 Prozent des jährlichen Bundeshaushaltes.

Zwar ist es recht unwahrscheinlich, dass die Kreditausfälle auf einen Schlag kommen würden. In einem solchen Fall hätte auch Deutschland praktisch über Nacht seine Fähigkeit verloren, sich auf dem Kapitalmarkt zu den gewohnten Konditionen zu refinanzieren. Wahrscheinlicher ist es, dass – wie es bereits in der ESM-Vereinbarung angedeutet wird – das ESM-Volumen weiter aufgestockt wird, womit Deutschland zwangsläufig weitere Zahlungen und Bürgschaften übernimmt. Es droht ein schleichender Prozess, an dessen Ende die Kreditfähigkeit auch Deutschlands auf dem Spiel steht. ◆

Der Euro-Rettungsschirm

Was die Medien *Euro-Rettungsschirm* nennen, heißt offiziell Europäischer Stabilitätsmechanismus. Es gibt ihn in zwei Versionen:

• Vorläufiger Stabilitätsmechanismus (EFSF)
Er wurde in der Nacht zum 10. Mai 2010 beschlossen, gilt für drei Jahre bis Juni 2013 und ist mit garantierten Krediten über insgesamt 440 Milliarden Euro ausgestattet, die als verzinstes Darlehen – nicht als Geschenk! – an Not leidende Länder ausgegeben werden.

• Dauerhafter Stabilitätsmechanismus (ESM)
Er wurde am 24. März 2011 von den europäischen Staats- und Regierungschefs beschlossen und soll das Provisorium 2013 ablösen. Um den dauerhaften ESM geht jetzt die Auseinandersetzung. Mehrere EU-Länder sagten „Nein“. ◆

ANDREAS SCHOELZEL

Dr. Peter Gauweiler, Staatsminister a.D., ist seit 2002 Mitglied des Deutschen Bundestags. Im Mai 2010 stimmte er dort gegen den EU-Rettungsschirm. Der CSU-Politiker ist Rechtsanwalt und Publizist und lebt in München.

Von der Europäischen Union zur Schulden-Union

Eine EU, in der an den nationalen Parlamenten vorbei Transfergeldströme verteilt werden, ist nicht das Europa der Vielfalt und Freiheit, das wir uns wünschen

Von Peter Gauweiler

Gleich ob und wie die Griechenland-Krise gelöst werden kann – durch neue Hilfen, durch sanfte Umschuldung, durch Schuldenschnitt oder Austritt aus der Währungsunion –, eines ist sicher: Die ursprüngliche Wirtschafts- und Währungsunion ist zusammengebrochen. Unter dem Druck der Finanzkrise haben alle ihre von Anfang an bestehenden, grundsätzlichen Defizite eine dramatische Dynamik entwickelt. Nur durch den Einsatz gewaltiger Mittel und durch den Verstoß gegen sämtliche Prinzipien der ursprünglichen Konzeption kann die Insolvenz von Mitgliedsstaaten und letztlich ein Zusammenbrechen der Union verhindert werden.

> *„So wäre es richtig gewesen: Einheitswährung nicht ohne europäischen Bundesstaat."*

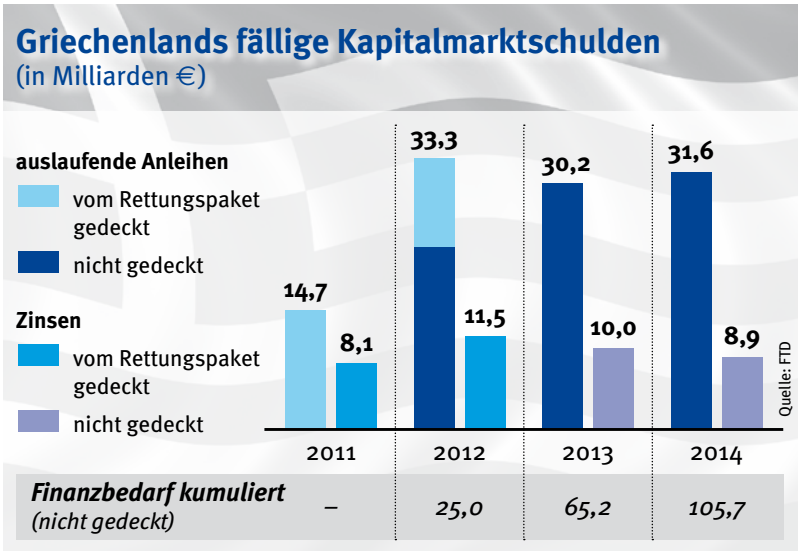
Der Wunsch nach einer gemeinsamen europäischen Währung hatte seinen Ursprung in den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts, insbesondere in Frankreich und Italien. Diese Länder litten traditionell unter einem höheren Inflationstrend als Deutschland und die Niederlande, dementsprechend unter einem höheren Zinsniveau, einem ständigen Abwertungsdruck und wiederkehrenden Währungskrisen. Auf französisches Drängen untersuchte Ende der 80er Jahre die sogenannte Delors-Kommission die Möglichkeiten einer gemeinsamen europäischen Währung. Die Kommission betonte den engen Zusammenhang zwischen einer abgestimmten Wirtschafts- und Finanzpolitik einerseits und der Überlebensfähigkeit einer gemeinsamen Währung andererseits: Eine Einheitswährung nicht ohne politische Einheit.

Weltweit sind Währungsräume und Staatsgebiete durchweg identisch. Auch die 1990 ins Werk gesetzte deutsch-deutsche Währungsunion funktionierte nur, weil die staatliche Einheit unmittelbar folgte und weil jährliche Transfers von West nach Ost flossen und fließen. Vor dem Fall der Mauer herrschte in Deutschland Einigkeit, dass eine gemeinsame Währung einen europäischen Bundesstaat voraussetzt. Diesen Weg aber wollten die Franzosen und Briten nicht gehen. Da eine Einigung über den europäischen Bundesstaat nicht herzustellen war, hätte es auch keine gemeinsame Währung gegeben.

Der Fall der Mauer änderte alles. Historiker werden nie klären können, ob die Zustimmung Frankreichs zur deutschen Einheit auf eine Zustimmung

Deutschlands zur Währungsunion antwortete. Auf jeden Fall erließ Deutschland in den Verhandlungen zum Maastricht-Vertrag die Forderung nach einem europäischen Bundesstaat als Voraussetzung der gemeinsamen Währung: Das Ende der D-Mark als Kompensation für die Wiedervereinigung und als Garantie für die Einbindung des wiedervereinigten, wiedererstarkten Deutschlands in das westliche freie Europa. Zur Beruhigung der deutschen Wähler sollte die gemeinsame europäische Währung wenigstens eine ähnliche Solidität und Stabilität wie die D-Mark haben.

In den Maastricht-Vertrag wurden deshalb Bestimmungen eingebaut, welche die Stabilität der gemeinsamen Währung auch ohne gemeinsames staatliches Dach sichern sollten: Die Pflicht zur Vermeidung übermäßiger Haushaltsdefizite, ergänzt durch den Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt, der die sogenannten Maastricht-Kriterien einschloss. Zum Ausschluss gegenseitiger Haftung für staatliche Verbindlichkeiten die sogenannte No-Bail-out-Klausel. Das Verbot der Staatsfinanzierung durch das Europäische System der Zentralbanken (ESZB) analog zum Verbot der Staatsfinanzierung durch die vorrangige Verpflichtung des ESZB auf das Ziel der Inflationsbekämpfung analog zum Bundesbankgesetz. Die Sicherung der Unabhängigkeit der Mitglieder des ESZB-Direktoriums.



Vom ersten Griechenland-Rettungspaket sind nur die Schulden für 2011 gedeckt – schon ab 2012 tut sich eine Lücke auf, die bis 2014 auf 105,7 Milliarden Euro anwachsen wird.

Die gesamte Propaganda der Bundesregierung zur gemeinsamen Währung von 1991 bis 1998 zielte darauf ab, eine skeptische Öffentlichkeit und ein noch skeptischeres Fachpublikum davon zu überzeugen, dass diese Bestimmungen angemessen und ausreichend seien, um die Stabilität der gemeinsamen Währung dauerhaft zu sichern. Mit dem De-facto-Bankrott von Griechenland ist jedoch der grundlegende Widerspruch des Euro endgültig aufgebrochen, der eine Einheit der Währung erzwingen sollte, wo es keine Einheit der Wirtschaft und der Politik gab. Die europäische Wirtschaft ist dermaßen heterogen, dass es nie die Klammer einer gemeinsamen Währung hätte geben dürfen.

Das wirtschaftspolitische Korrektiv, das wirtschaftliche Ungleichgewichte zwischen verschiedenen Währungsräumen abfedert, sind flexible Wechselkurse. In einer Währungsunion fehlt dieser Ausgleich, und die Wettbewerbsfähigkeit der weniger produktiven Länder sinkt. Die unterschiedliche Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen europäischen Länder wurde durch die gemeinsame Währung perpetuiert und schonungslos offengelegt. Schon vor und erst recht in der Finanzkrise wurde der Stabilitäts- und Wachstumspakt zunehmend missachtet und ausgehöhlt. Mit der Hilfe für Griechenland und dann mit dem großen Risikoschirm wurde ein Weg beschritten, der am Ende in die gesamtschuldnerische Haftung der Mitglieder der Währungsunion für alle staatlichen Verbindlichkeiten führt.

Das Verbot der monetären Staatsfinanzierung durch die Notenbank wurde umgangen, indem die EZB in großem Umfang auf dem Kapitalmarkt Anleihen von Griechenland, Portugal

und Irland gekauft hat. Am Ende sind sämtliche Säulen gebrochen, auf denen die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion geruht hatte: Der Stabilitätspakt mit seinen Schuldengrenzen, der Haftungsausschluss der Euro-Länder untereinander und die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank. Der umstrittene Maastricht-Vertrag hatte von Anfang an den Kern seines Scheiterns in sich getragen. Die Maßnahmen, welche die Krise des Euro bewältigen sollen, haben diesen Vertrag gebrochen. Hilfe durch Vertragsbruch: Nichts kann deutlicher das Scheitern von Maastricht dokumentieren.

Die wirtschaftlichen Unterschiede und die geringere Wettbewerbsfähigkeit eines Teils der Euro-Länder wie Griechenland und Portugal sind für den gemeinsamen Währungsraum von großer Sprengkraft und für die betroffenen Mitgliedsländer von größter Dramatik: Wie sollen sie ihre gigantischen Schuldenberge abbauen, zugleich die notwendigen Reformen durchführen und wettbewerbsfähige Wirtschafts- und Staatssysteme entwickeln, den Markt für private Investoren öffnen und unternehmerische Initiative fördern und zugleich die Lasten für die Bevölkerung noch erträglich halten, um soziale und politische Eruptionen zu verhindern? Die Strategie jedenfalls, durch weitere Kredite die Not leidende Volkswirtschaft insbesondere Griechenlands wettbewerbsfähiger zu machen, muss auf Dauer scheitern.

Als der erste Rettungsschirm für die Griechen beschlossen wurde, wurde das als einmalige außergewöhnliche Hilfe, vergleichbar der Hilfe bei einer Naturkatastrophe, dargestellt. Schon damals war zu befürchten, dass aus dieser Hilfe eine Dauersubvention, ein echter Transfer, werden würde. Inzwischen haben sich die Sorgen als berechtigt erwiesen. Die Europäische Union als Transfergemeinschaft über den Agrarmarkt und den Strukturfonds hinaus aber ist zum Scheitern verurteilt. Was im deutschen Länderfinanzausgleich kaum, im Ausgleich zwischen Norditalien und Süditalien seit nun 150 Jahren nicht gelingt, ist auf europäischer Ebene unmöglich.

Sowohl der wissenschaftliche Beirat des deutschen Wirtschaftsministeriums wie des deutschen Finanzministeriums haben erklärt, dass man um eine Umschuldung langfristig nicht herumkommen wird. Wenn wir die Europäische Union weiterhin als eine Union der Vaterländer wollen, müssen die einzelnen Mitgliedsländer – bei aller Solidarität, die sie von den anderen Mitgliedsländern erwarten dürfen – in erster Linie selbst Verantwortung für ihr Land tragen können und müssen. Die Europäische Union als graue Schuldenunion, in der intransparente, nicht demokratisch legitimierte Zentralinstanzen in Geheimdiplomatie an den nationalen Parlamenten vorbei Transfergeldströme verteilen, ist nicht das Europa der Vielfalt und Freiheit, das wir uns wünschen. ◆

FOTOLIA.COM/ JOACHIM WENDLER

Gefahr des Verplemperns: Immer neue Risiken in den Staatshaushalten maroder Euroländer haben zu immer neuen Hilfszusagen geführt. Wäre es nur Münzgeld, ließe sich das vielleicht ertragen – aber es geht um sehr viel großes Geld in großen Scheinen.

IFO INSTITUT/KINGA BIEN

Prof. Dr. Hans-Werner Sinn lehrt als Professor für Nationalökonomie und Finanzwissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität in München. Seit Februar 1999 ist er Präsident des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung.

Europa steckt in einer Teufelsspirale

Was Prof. Hans-Werner Sinn im Gespräch mit dem HAUPTSTADTBRIEF der Bundesregierung in Sachen Griechenland rät

Europa bewegt sich von Rettungsschirm zu Rettungsschirm. Wie konnte es dazu kommen?

PROF. SINN: Mit dem Euro haben sich die Länder der Peripherie zu niedrigen Zinsen sehr stark verschulden können und damit künstlich ihren Lebensstandard in die Richtung auf den Lebensstandard in den Kernländern gehoben. Dann kam die amerikanische Finanzkrise, und das Kapital ging nicht mehr in diese Länder. Plötzlich stellte sich heraus, dass man ein Finanzierungsproblem hatte. Dann hat die Europäische Zentralbank, die EZB, dieses Problem für drei Jahre gelöst, indem sie den ersten Rettungsschirm aufmachte. Ihre Kapazitäten gehen nun zur Neige. Jetzt hat man einen zweiten Rettungsschirm in Luxemburg konstruiert, der reicht auch nicht. Dann kommt demnächst der dritte Rettungsschirm, der Europäische Stabilitätsmechanismus, kurz ESM, auch in Luxemburg, mit 700 Milliarden Euro hinterher. Immer wollte man zunächst eine Lösung finden, indem man neues Geld zur Verfügung gestellt hat, und jedes Mal wurde das Problem größer statt kleiner. Eine Teufelsspirale, in der sich Europa befindet.

Wie kann Athen überhaupt hinreichend hohe Rückzahlungen gewährleisten?

Athen kann das gar nicht. Das Land hat ein Konsumniveau von 14 Prozent über dem Volkseinkommen, es hat ein Leistungsbilanzdefizit von 11 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, es hat ein Budgetdefizit in ähnlicher Größenordnung. Es gibt nur eine Lösung: Man muss dem Land einen Teil seiner Schulden erlassen und dann Maßnahmen einfordern, die die Wettbewerbsfähigkeit wiederherstellen.

„... dann sollen die Griechen allein entscheiden, ob sie im Euro bleiben oder nicht."

Sie gehen also von der These aus, dass Griechenland gegenwärtig nicht in der Lage wäre, genügend Ertrag zu erwirtschaften, um seine Schulden abzubauen?

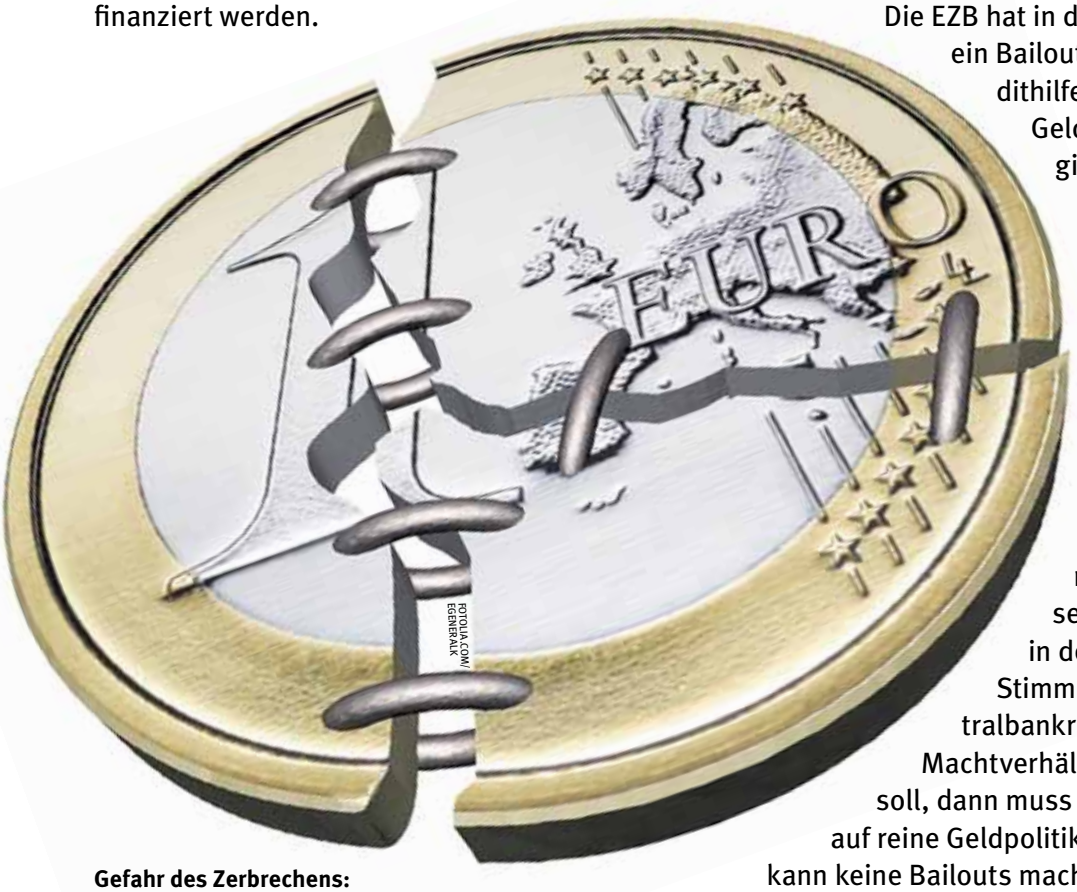
Das ist völlig ausgeschlossen.

Was wäre dann die Alternative aus Ihrer Sicht?

Das Land muss um 20 bis 30 Prozent abwerten, indem es entweder im Euroraum bleibt und die Preise und Löhne entsprechend senkt, oder austritt und dann formell die Währung abwertet. Beides würde die Wettbewerbsfähigkeit wieder herstellen. Diese Abwertung unter Beibehalt des Euros durchzuführen hieße, Tausende von Löhnen und Millionen von Güterpreisen zu senken. Das wird kaum machbar sein.

Was sagen Sie denen in der Politik, die behaupten: Wenn Griechenland fällt, kommen Spanien und andere hinterher?

Es ist genau umgekehrt: Wenn Griechenland mit immer mehr Geld unterstützt wird, kommen Spanien und die anderen hinterher. Die machen dann auch keine Reformen und müssen ebenfalls finanziert werden.



Gefahr des Zerbrechens:
Der Euro behauptet sich nur mit Mühe und Milliardenhilfen als Einheitswährung der 17 Länder des Euro-Währungsgebiets. Die Schuldenkrise einzelner Länder stellt Euroland vor die Zerreißprobe.

Was würden Sie denen, die in den nächsten Wochen und Monaten im Bundestag darüber entscheiden müssen, empfehlen?

Den Konkurs Griechenlands festzustellen und zu verlangen, einen Haircut, also einen Schuldenschnitt, auf die ausstehende Staatsschuld im Umfang des Marktabschlages der letzten Monate, das sind etwa 42 Prozent, auf die griechischen Papiere zu realisieren. Ferner würde ich dann die Zurverfügungstellung neuen Geldes praktisch auslaufen lassen.

In der Diskussion wird hinsichtlich der Europäischen Zentralbank, EZB oft betont, dass der Sündenfall schon eingetreten sei. Wie kann man der EZB zu der Unabhängigkeit, die man ihr bei der Gründung zugedacht hatte, zurückverhelfen?

Die EZB hat in den letzten drei Jahren ein Bailout veranstaltet mit Kredithilfen, die über die normale Geldversorgung hinausgingen, in Höhe von 340 Milliarden Euro für die GIPS-Länder, das sind Griechenland, Irland, Portugal und Spanien. Da das eine fiskalische Maßnahme war, hätte das eigentlich von einem anderen Gremium als dem Zentralbankrat beschlossen werden müssen, in dem jedes Land eine Stimme hat. Wenn der Zentralbankrat in seinem jetzigen Machtverhältnis Bestand haben soll, dann muss sich die EZB in Zukunft auf reine Geldpolitik konzentrieren und kann keine Bailouts machen. Wenn sie aber in der Lage sein soll, auch Bailouts zu machen, müssen wir die Stimmgewichte in der EZB neu definieren – und auch die Entscheidungsregeln.

All denen, die sich öffentlich skeptisch über die Rettungsschirme äußern, wird vorgehalten, sie seien europafeindlich und würden durch einen Austritt Griechenlands aus der gemeinsamen Währung das Gesamtkonstrukt Europa gefährden. Was sagen Sie dazu?

Die Gefährdung ist meines Erachtens größer, wenn die Griechen drin bleiben. Wenn sie austreten, haben sie die Möglichkeit, wieder wettbewerbsfähig zu werden. Wenn sie drin bleiben, gibt es ein Hauen und Stechen und eine lange Phase der Stagnation mit wachsenden Unterstützungszahlungen der anderen europäischen Länder, die den Widerstand der Bevölkerung in den zahlen-

den Ländern vergrößern würden, ohne dass es in den empfangenden Ländern als genug angesehen wird. Das ist ein hoffnungsloser Fall.

Würde denn das System Europa eine Auszeit der Griechen verkraften?

Es würde eine Auszeit eher verkraften als den Verbleib Griechenlands in der Währungsunion.

Hat Griechenland nicht die Kraft, aus eigener Anstrengung unter dem Rettungsschirm zu genesen?

Aus eigener Kraft wird das nicht gelingen, wenn man nicht ganz radikale Sparmaßnahmen unternimmt und billiger wird. Das sehe ich in Griechenland nicht. Griechenland hat im Gegensatz zu Irland immer auch seine Preise erhöht, auch in der Krise, obwohl eigentlich alle Zeichen darauf hindeuteten, dass dieses Land zu teuer war und hätte billiger werden müssen. Aus eigener Kraft wird Griechenland das nicht schaffen, wenn es im Euroraum verbleibt.

Welche konkreten Maßnahmen würden Sie heute der griechischen Regierung empfehlen zu tun?

Sofortiger Haircut, also ein Schuldenschnitt in Höhe von 40 bis 45 Prozent, Umtausch der Restwerte der Staatspapiere in neue Staatspapiere nach Art der Brady Bonds, Schuldverschreibungen, die in den 1980er Jahren den lateinamerikanischen Ländern aus der Überschuldung geholfen haben. Die EU-Länder können das absichern durch eine Mitgarantie dieser neuen Staatspapiere. Ferner würde ich austreten aus dem Euro, wobei vorher die EU ein Bankenrettungsprogramm auflegen müsste, das die absehbaren Schwierigkeiten der Banken abfedert. Nach dem Austritt würde ich akzeptieren, dass die Währung abgewertet wird. Das würde sehr schnell die Wettbewerbsfähigkeit des Landes wiederherstellen.

Die Bundeskanzlerin hat in den letzten Tagen mehrfach betont, dass sie sich eine Beteiligung der Banken und Versicherungen an dem Rettungsschirm vorstellen kann. Wie glauben Sie wird sich die Privatwirtschaft an einem jetzt zu beschließenden Rettungsschirm beteiligen?

Freiwillig tun die gar nichts. Man muss sie dazu zwingen, und wenn Griechenland Konkurs geht und nicht bezahlen kann, dann müssen sie über jeden Cent froh sein, den sie von der Staatengemeinschaft noch bekommen, um auch die Lasten zum Teil mit zu übernehmen. Wenn Griechenland im Euro verbleibt und es keinen Haircut gibt, sehe ich keinen Beitrag zur Lösung irgendeines Problems. Für Europa wird es immer teurer.

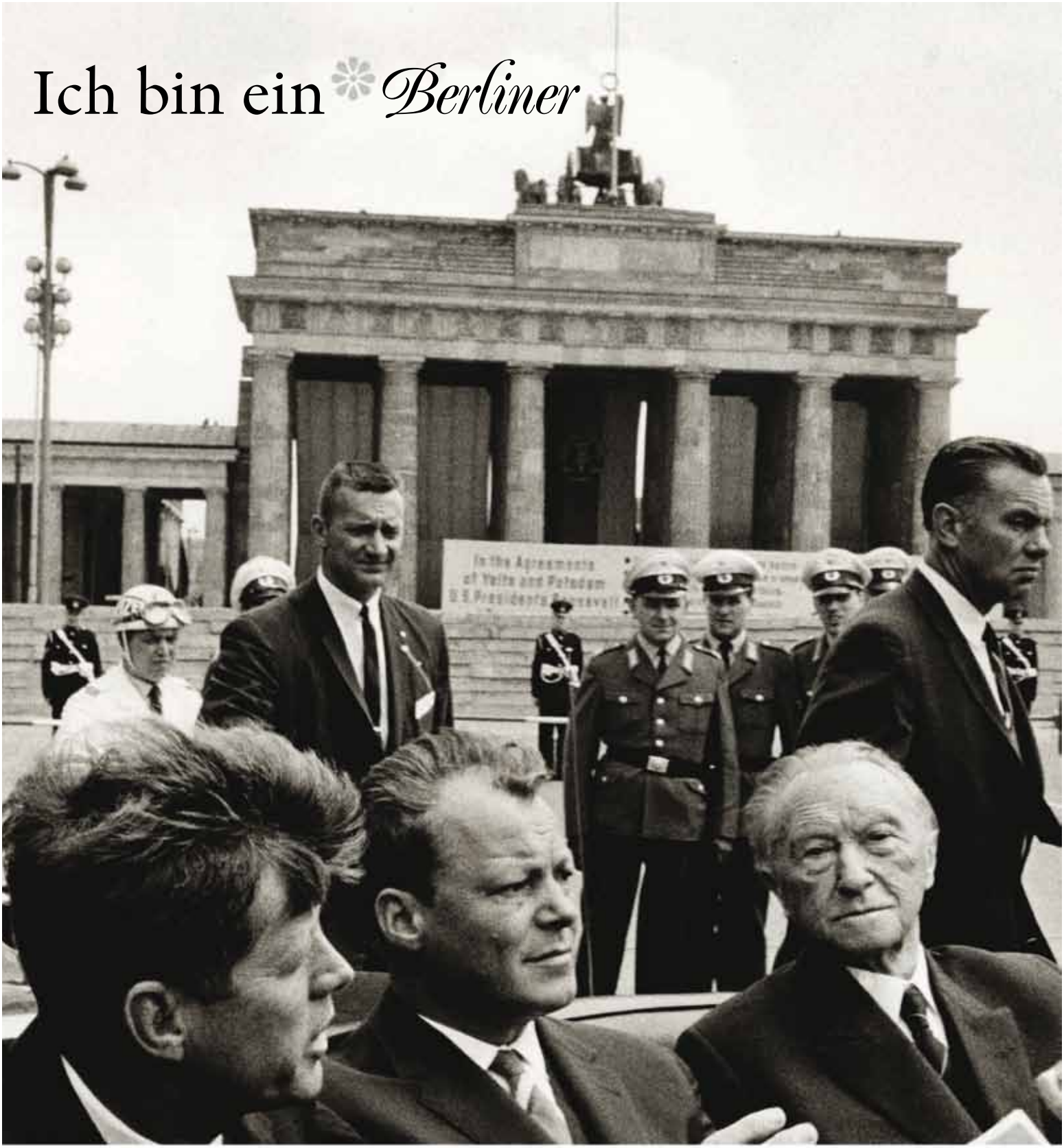
Steht am Ende ein Bankrott der gesamten Eurozone?

Derzeit liegen die Leistungsbilanzdefizite der GIPS-Länder bei hundert Milliarden Euro. Wenn das noch ein paar Jahre anhält, wächst die Außenschuld jährlich um diese hundert Milliarden. Das heißt, wir entfernen uns jedes Jahr von der Lösung des Problems, und irgendwann wird man die Überschuldung nur durch einen großen Knall, der dann aber den Zusammenbruch des Eurosystems bedeutet, lösen können. Es sei denn, man vergemeinschaftet die Schulden durch Eurobonds, worauf es möglicherweise hinläuft, aber das ist dann ein Schritt in die Einebnung der Lebensverhältnisse in Europa mit dramatischen Konsequenzen für die Anreizstrukturen. Jedes einzelne Land wird sich dann weiter hemmungslos verschulden, weil der Verlust an Bonität ja nicht bei ihm liegt, sondern bei allen europäischen Ländern zusammen.

Wenn Sie um eine Handlungsempfehlung für die Bundesregierung gebeten würden: Was sollte jetzt getan werden?

Über 40 Prozent Haircut, eine Beendigung der Geldfinanzierung, keine weiteren Programme über das hinaus, was schon beschlossen ist. Dann sollen die Griechen allein entscheiden, ob sie im Euro bleiben wollen oder nicht. ◆

Ich bin ein *Berliner*



Die historienreiche Hauptstadt und das Hotel Adlon Kempinski faszinieren und interessieren... Werden Sie Teil einer einzigartigen Zeitreise und genießen Sie Berlin nicht nur von A bis Z – Erleben Sie auch das Gestern und Heute mit unserem “Ich bin ein Berliner”-Package...

Hotel Adlon Kempinski
BERLIN

Kempinski

reservation.adlon@kempinski.com • +49 30 2261 1111 • www.kempinski.com/berlinadlon

John F. Kennedy, Willy Brandt und Konrad Adenauer am Brandenburger Tor, Berlin, 26. Juni 1963 Credit: W[illegible] Bade
(das Originalbild ist zu sehen im Museum THE KENNEDYS)

PHOTOTHEK.NET FOTOAGENTUR

Frank Schäffler ist seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages. Im Mai 2010 trat er wegen der Griechenland-Hilfen als FDP-Obmann im Finanzausschuss des Bundestages zurück. Der Politiker ist Diplom-Betriebswirt.

„Fort vom Weg in die Knechtschaft!“

Griechenland sollte zeitweilig aus der Eurozone ausscheiden

Von Frank Schäffler

In der Griechenlandkrise zeigt sich, wie weit sich die Politik von ihren eigentlichen Aufgaben entfernt hat und wie sie sich an Aufgaben verhebt, die ihr nicht zustehen. Das staatliche Geldwesen, die unzureichende Trennung zwischen Regierung und Banken und die „Anmaßung von Wissen“ durch Politiker haben in diese Krise geführt.

Es ist zu bemerken, dass trotz der Notwendigkeit harter Schnitte in Griechenland der generelle Ausweg aus dem Teufelskreis inflationärer Geldschöpfung, politischer Zentralbanken und der Förderung von Verantwortungslosigkeit durch Regierungen auf graduelle Weise erfolgen muss. Vorschläge die sich zunächst im Rahmen dieses Systems bewegen, sind daher nicht als „herumdoktern“ am System zu verstehen, sondern als Weichenstellung fort vom „Weg in die Knechtschaft“, den die Regierungen beschritten haben.

„Geld ist in den Händen der Politik immer schlechter aufgehoben als bei den Bürgern.“

Ihre Ursache hat die Krise Griechenlands wesentlich im staatlichen – um nicht zu sagen: überstaatlichen – Zentralbank-basierten Geldsystem der Euro-Zone. Geld ist in den Händen der Politik immer schlechter aufgehoben als bei den Bürgern. Wenn diese Politiker dann auch noch aus dem Nichts de facto wertloses Scheingeld schöpfen, wird es kritisch. Soll zu allem Überfluss diese Geld-Politik so verschiedenen Volkswirtschaften wie in der Euro-Zone gerecht werden, ist das Desaster programmiert. Am Beispiel Griechenland sehen wir, wohin diese Eskalation geführt hat.

Das staatliche Geldmonopol war ein wesentlicher Faktor in der Entstehung der Krise. Regierungen, die durch Gelddrucken ihre Probleme weginflationieren wollen, verschärfen Markteffekte oder – schlimmer! – stauen diese regelrecht auf, bis die notwendig folgenden Reinigungsreaktionen um so heftiger folgen. Zusätzlich bläst die Politik mit dem Scheingeld Blasen auf, die sie dann selbst beklagt.

Würde der Euro so inflationiert werden, dass er den griechischen Verhältnissen gerecht wird, wären die Sparvermögen kleiner Anleger aus nachhaltig aufgestellten Euro-Ländern auf einen Schlag vernichtet. Wenn aber der Euro weiter stabil gehalten wird, kann die griechische Wirtschaft nicht schnell genug auf die Beine kommen um die Schulden zu bedienen.

So wie Griechenland eine Zeit lang vom Euro profitierte, als die Finanzmärkte dem Land noch vertrauten, so ist der Euro heute der Fluch, der auf Griechenland lastet. Es ist also im besten Sinne des Landes, wenn es zeitweilig aus der Eurozone freigestellt wird und mit einer Rück-

kehr zur Drachme einen Schritt aus der krisenhaften Entwicklung der Eurozone macht.

Der Ökonom und Nobelpreisträger Friedrich August von Hayek forderte nicht umsonst in seinem gleichnamigen Buch die Entnationalisierung des Geldes. Eine solche Befreiung hätte umfangreiche positive Effekte. Wenn die Politik nicht mehr nach Gutdünken die Geldmenge manipulieren kann, ist sie gezwungen, sauber zu haushalten. Zweitens muss sie sicherstellen, dass die Bürger die staatlichen Zahlungsmittel im Vergleich mit Marktlösungen immer noch akzeptieren. Drittens wird eine Volkswirtschaft wesentlich krisenfester, wenn sie nicht auf Gedeih und Verderb an einer möglicherweise unpassenden Währung hängt.

Selbstverständlich ist es richtig, dass der Euro im europäischen Binnenmarkt wegen der wegfallenden Umtauschkosten der Wettbewerbsfähigkeit eines Landes zuträglich ist. Dennoch zeigt sich für Griechenland, dass dieser Vorteil mit Nachteilen einhergeht. Die zu bedienenden überwältigenden Schulden wiegen den Zugang zum Binnenmarkt mehr als auf. Die Kosten des Euro sind für Griechenland gegenüber den Vorteilen zur Zeit viel zu hoch.

Die negativen Auswirkungen eines Austritts Griechenlands können die Kosten eines Verbleibs für die Mitgliedstaaten schwerlich übertreffen. Es stehen Erschütterungen des Vertrauens in einzelne Euro-Staaten gegen den immer wahrscheinlicheren Kollaps der gesamten Euro-Zone, wenn den Rettungsschirmen irgendwann die Mittel ausgehen. Die Effekte der Währungs- und Schuldenkrise können nicht aufgehoben

**Gefahr des Ungleichgewichts:
Im Mittelpunkt der Euro-Welt steht auf einmal das kleine Griechenland. Seine uferlosen Staatsschulden ziehen die ganze Euro-Zone nach unten. Wenn den Rettungsschirmen irgendwann die Mittel ausgingen, würde der Euro für zu leicht befunden.**

und nicht ewig aufgeschoben werden. Und wenn sie kommen, werden sie um so härter ausfallen, je länger sie verzögert wurden.

Doch nicht nur wegen der kommenden negativen Auswirkungen ist die gegenwärtige Politik der immer größeren, immer schneller aufeinander folgenden Rettungsschirme und Finanzhilfen abzulehnen. Die Absicherung der Staatsschulden Griechenlands, Irlands und Portugals ist letztendlich eine Perversion der Marktwirtschaft. Wenn Staaten am Finanzmarkt kritisch betrachtet werden, müssen sie die Zinsen ihrer Anleihen erhöhen um schwindendes Vertrauen der Investoren auszugleichen.

Im Normalfall rechtfertigen selbst die fantastischsten Zinssätze nicht mehr die immer riskanteren Einlagen und ein Staat wird schrittweise immer größere Probleme haben, Anleihen an den Markt zu bringen. Wenn diese Rückkopplung gegeben ist und kein wohltätiger Dritter zum Bailout bereitsteht, geben die Signale der Finanzmärkte eine Chance, den Staatshaushalt zu sanieren bevor es zu spät ist.

Zunächst profitierte Griechenland davon, dass es mit dem recht stabilen Euro (bis dahin ein Verdienst der EZB) mehr Vertrauen an den Finanzmärkten hatte, als es angesichts der tatsächlichen Situation verdient hatte. Als dann die Verschuldungskrise sichtbar wurde und die Investoren befürchteten, Griechenlands Zahlungsfähigkeit würde in absehbarer Zeit enden, setzte der soeben beschriebene Mechanismus der steigenden Zinsen umso heftiger ein.

Wäre im Mai 2010 kein Rettungsschirm verabschiedet worden, hätte Griechenland sicher harte Zeiten erlebt. Das Land hätte keine neuen Kredite aufnehmen können um die laufenden zu bedienen und hätte Zahlungsunfähigkeit erklären müssen. Investoren, die nicht rechtzeitig die Krise erkannt hatten, wären – wie es sich in einer Marktwirtschaft gehört – auf Verlusten sitzen geblieben. In diesem Fall wäre Griechenland lange für Anleihenkäufer unattraktiv. Aber nach einer Sanierungs- und Erholungsphase hätte das Land die Chance, sich ganz neu aufzustellen. Dies ist das Szenario des Endes mit Schrecken. Die Banken und Regierungen der Euro-Staaten werben für den Schrecken ohne Ende.

Mit dem 110 Milliarden Euro umfassenden Rettungsschirm verlängerten die Geberstaaten Griechenlands Zahlungsfähigkeit um etwa ein Jahr, wie wir heute wissen. An den strukturellen Problemen hat sich indes kaum etwas geändert. Mit dem Wissen, dass Griechenland Schulden bedienen konnte solange der Rettungsschirm wirkte kamen Banken auf ein Geschäftsmodell, das zu gut klingt um wahr zu sein:

Mit Geld, das sie sich von der Europäischen Zentralbank zu 1,25 Prozent liehen, erwarben diese Banken griechische Staatsanleihen mit 18 Prozent Rendite. Nach aller Erfahrung mit Bailouts und Rettungsschirmen in der jüngsten Vergangenheit durften die Banken erwarten, dass sie die Zinsen einer theoretisch hochriskanten Anlage ohne praktisches Risiko einnehmen konnten.

Aber wohin konnten sie diese langfristig unsicheren Wertpapiere verkaufen? Wer würde ernsthaft langfristig Anleihen eines Staates halten wollen, dessen Zahlungsfähigkeit allein von der Großzügigkeit Dritter abhängig ist? Die Europäische Zentralbank.

Die EZB begann am 10. Mai 2010 damit, Staatsanleihen zu kaufen. Für Jahrzehnte hatte die Bundesbank und nach ihr die EZB den Versuchen der Politik widerstanden, sie zu einem Werkzeug der Politik zu machen. Die Unabhängigkeit und Unbeugsamkeit der Zentralbanken, erst die Bundesbank und dann die EZB, waren das Bollwerk, das verhinderte, dass das staatliche Monopolgeld in eine Weimarsche Inflationsspirale stürzte.

Doch mit der Unabhängigkeit der Zentralbanken ist es nun vorbei. Inzwischen hat die EZB 75 Milliarden Euro an Staatsanleihen aufge-

FOTOLIA.DE/NATALIA LISOVSKAYA/WIKIPEDIA MONTAGE HSB

**Gefahr der Kettenreaktion:
Wer am griechischen Zahnrad dreht,
bewegt die ganze Eurozone gleich mit.
Sie kann in dieser Form nicht weiterbestehen,
ohne die Souveränität und Stabilität der Mitgliedstaaten
weiter zu untergraben.**

kauft. Zusätzlich hat die EZB es Banken gestattet, Staatsanleihen als Sicherheit für frisches Scheingeld zu hinterlegen. In den Büchern der Europäischen Zentralbank, die die Sicherheit und Stabilität unseres Geldes garantieren soll, liegen so inzwischen 140 Milliarden Euro griechischer Staatsanleihen. Mit Staatsanleihen aus Griechenland, Portugal, Irland, Italien und Spanien haben die Banken ein Gesamtrisiko von 443 Milliarden Euro auf die EZB abgewälzt.

Würde auch nur eines dieser Länder bei einem Schuldenschnitt auch nur einen Teil dieser Staatsanleihen nicht mehr bedienen, wäre die EZB mit ihren 11 Milliarden Euro Eigenkapital (das entspricht 2,5 Prozent der unsicheren Papiere in den Büchern!) selbst ein Fall für den Rettungsschirm. Eine Zentralbank, die vom Wohlwollen der Politiker abhängig ist, ist deren Begehrlichkeiten ausgeliefert. Dies ist bereits jetzt der Fall. Weil sie auch ein teilweises Platzen der Staatsanleihen nicht tragen kann, ist die EZB auf Gedeih und Verderb von Rettungspaketen für Pleitekandidaten abhängig. Es muss vorerst gar nicht zum Crash kommen, die EZB ist sehenden Auges zu einer politischen Zentralbank gemacht worden.

Mehr denn je zeigt sich die Notwendigkeit, alternative Währungen zuzulassen um über den Wettbewerb die staatlichen Geldsysteme zur Disziplin zu zwingen. Denn die institutionalisierte Unabhängigkeit der Zentralbanken, die bislang die schlimmsten Auswüchse des staatlichen Scheingeldes in der Bundesrepublik und im Euro-Raum verhindert hat, ist mit den Rettungspaketen hin-

fällig. Mit der virtuellen Währung „Bitcoin“, die kürzlich durch die Medien ging, wurde ein erster ernsthafter Versuch unternommen, den Regierungen das Monopol über die Geldschöpfung streitig zu machen. Jede Einheit dieser Währung wird durch eine kryptographisch erzeugte Zahl repräsentiert, die in der Gemeinschaft der Nutzer aufwendig errechnet werden muss.

Durch die Spezifikation, welche Zahlen dies sein können, ist die Geldmenge nicht den Launen einer ausgebenden Stelle unterworfen. Gewiss ist Bitcoin wie jede technische Neuerung mit Problemen und Unwägbarkeiten behaftet, dennoch weist dieses Experiment in die richtige Richtung. Zu behaupten, dass eine solche nicht-staatliche Form der Geldschöpfung schlechter sei als die gewohnte, ist ähnlich abenteuerlich wie die Behauptung der Trabant sei dem VW Golf überlegen.

Der Euro kann in dieser Form nicht weiterbestehen, ohne die Souveränität und Stabilität der Mitgliedstaaten weiter zu untergraben. Manch einer mag mit Schadenfreude zur Kenntnis nehmen, dass Griechenland sich erst sprichwörtlich in den Euro gemogelt hat und nun größte Schwierigkeiten mit der Erfüllung der Rettungskriterien hat. Es sind aber konstruktive Vorschläge gefragt, die diese für alle Seiten nachteilige Situation auflösen. Eine zeitweilige Freistellung Griechenlands aus dem Euro würde nicht nur dem Land helfen, sie würde auch den wirtschaftlich stabilen Ländern der Eurozone helfen, ihre Kreditwürdigkeit auf dem Kapitalmarkt zu erhalten.

Und auch um einen Schuldenschnitt wird Griechenland nicht herumkommen. Die Auswirkungen wären 2010 schon gravierend gewesen und werden nun noch schwerer sein. Aber noch länger zu warten, würde die unvermeidliche Teilinsolvenz zu einem absoluten Chaos werden lassen.

Oder um es mit Ludwig von Mises zu sagen: „Es gibt keinen Weg, den finalen Zusammenbruch eines Booms zu vermeiden, der durch Kreditexpansion erzeugt worden ist.“ ◆

„Bitcoin“ – stabiles digitales Geld

Von Daniel Fallenstein

So schnell, wie die virtuelle Währung „Bitcoin“ die Schlagzeilen der Massenmedien erobert hatte, so schnell war sie auch wieder aus dem medialen Bewusstsein verschwunden. Aus dem vordergründigen jedenfalls. Nach einer Woche im Juni 2011 war das Thema für Spiegel Online etc. erschöpft. Dennoch verdienen die digitalen Münzen einen genaueren Blick. Mit Bitcoin rückte nämlich erstmals ein Zahlungsmittel ins öffentliche Bewusstsein, welches das staatliche Quasi-Monopol auf die Geldschöpfung in Frage stellt.

Bitcoin-Transaktionen müssen durch genügend Knoten im Netz verifiziert werden, bevor sie endgültig und unumkehrbar werden. Entgegen vorgetragener Bedenken ist Bitcoin dadurch für die Geldwäsche sehr ungeeignet. Die vielen notwendigen Verbindungen können durch Behörden mit weiteren ermittelbaren Mustern abgeglichen werden, so dass das staatliche Bargeld für Kriminelle sehr viel sicherer bleibt.

Inzwischen gibt es zahlreiche Produkte, wie Börsen, abgeleitete Währungen und sogar Bitcoin-Geldscheine, sog. „Bitbills“, die das Anwendungsspektrum vergrößern. Insgesamt ist das Volumen dieser Währung zwar gering und der Einfluss auf die Wirtschaft vernachlässigbar, der technische und politische Effekt übersteigt diesen aber bei weitem.

Es ist möglich, gutes Geld auf den Markt zu bringen und tatsächlich mit dem staatlichen Scheingeld zu konkurrieren. Künftige Entwicklungen, die die Kinderkrankheiten von Bitcoin überwinden, haben eine Chance, echte Alternativen zu inflationsanfälligen Staatswährungen zu werden. Politiker wären angehalten, bürgerfreundlichere Politik zu machen, weil ihnen mit der Währungspolitik ihr größtes (und am schlimmsten missbrauchtes) Machtmittel entgleitet. ◆

CHRISTIAN KRUPPA

Dr. Hans Kremendahl ist habilitierter Politikwissenschaftler.
Er war Staatssekretär beim Senat von Berlin
und Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal.
Heute ist er als Politikberater und Publizist tätig.

Die Rettungsschirm-Inflation gefährdet Europa

ESFS, ESM, Griechenland-Pakete – vor lauter Rettungsschirmen kann man den Überblick verlieren. Auf der Strecke könnte die Akzeptanz des vereinten Europa bleiben

Von Hans Kremendahl

Rund 750 Milliarden Euro umfasst der vorläufige Rettungsschirm, unter dem sich zur Zeit Irland und Portugal befinden. Ab 2013 soll er durch den Europäischen Stabilitäts-Mechanismus (ESM) dauerhaft abgelöst werden. Dieser wird 700 Milliarden Euro betragen, darunter 80 Milliarden Bareinlagen, von denen auf den deutschen Bundeshaushalt 22 Milliarden entfallen.

Außerhalb des vorläufigen und des geplanten dauerhaften Rettungsschirms existieren für das überschuldete Griechenland Garantien von 110 Milliarden Euro; weitere 120 Milliarden sollen folgen. Und auf nationaler Ebene gibt es noch den 2008 beschlossenen Bankenrettungsschirm von 480 Milliarden Euro, „angezapft“ u. a. durch die Beteiligung des Bundes an der Commerzbank und die Verstaatlichung der Hypo Real Estate.

Trotz guter Konjunktur sind die öffentlichen Kassen auch im starken Deutschland defizitär. Ab 2016 greift die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse. Soeben erleben wir die Auferstehung der schwarz-gelben Steuersenkungspläne. Das alles passt nicht zusammen.

Deutschland garantiert etwas, das es bei Fälligkeit niemals einlösen könnte. Vom Primat der Haushaltskonsolidierung wird gesprochen, gleichzeitig werden neue milliardenschwere Verpflichtungen übernommen.
Eine alte Weisheit Ludwig Erhards lautet: „Wirtschaftspolitik ist zu mehr als der Hälfte Psychologie“. Die Inflation der Rettungsschirme richtet auch hier Verhängnisvolles an: Sie schwächt das Vertrauen in den Euro, indem sie bei den Menschen Angst und Besorgnis auslöst. Die Vorteile der Gemeinschaftswährung geraten aus dem Blickfeld. Da hilft das nüchterne Urteil des alten Helmut Schmidt: „Wir haben eine Schuldenkrise einzelner kleiner Euro-Länder, keine Krise der Euro-Währung“.
Die Zahlen geben ihm recht: Der Euro-Kurs zum Dollar liegt stabil über 1,40. Wer erinnert sich noch daran, dass der Euro-Kurs zu Beginn der neuen Währung deutlich unter 1 Dollar lag …

Kein Zweifel: Die griechischen Schulden sind hausgemacht. Es ist richtig, dem Land als Bedingung für Kredithilfen abzufordern, sein Haus in Ordnung zu bringen. Aber Differenzierung tut not: Veräußerungen von Staatsvermögen zur Schuldentilgung geht in Ordnung. Auch eine konsequentere Erfassung von Steuerpflichten oder der Abbau von teuren Skurrilitäten wie der Vererbbarkeit von Renten an unverheiratete Töchter.

Kontraproduktiv hingegen wirken Steuererhöhungen, Gehaltskürzungen, Rentenkürzungen. Sie entziehen Massenkaufkraft, lassen das Bruttoinlandsprodukt schrumpfen und führen automatisch zu Steuermindereinnahmen. Heinrich Brüning lässt grüßen: Der letzte demokratische Reichskanzler der Weimarer Republik versuchte Anfang der 30er Jahre, die Massenarbeitslosigkeit mit Deflationsmaßnahmen zu bekämpfen. Er verschlimmerte die Lage – das Ergebnis ist bekannt.

Was Griechenland braucht, ist das genaue Gegenteil: Investitionen und Infrastrukturprojekte, den Aufbau eines leistungsfähigen Mittelstands, Anreize und Impulse. Dann, aber auch nur dann wird das Land mittelfristig seinen Haushalt konsolidieren und seinen Schuldendienst leisten können. Deshalb fordert Helmut Schmidt ein Hilfsprogramm orientiert an „Leitideen wie Beschäftigung, Produktivität und Volkseinkommen".

Die Rettungspakete in ihrer jetzigen Ausprägung verschieben die Probleme nur in die Zukunft. Schlechtem Geld wird gutes hinterhergeworfen. Meine Prognose ist, dass Griechenland mittelfristig um einen Schuldenschnitt nicht herumkommt. Nur so kann das Land wieder eine Perspektive gewinnen.

Die bestehenden und geplanten Rettungsschirme helfen nicht Griechenland, sondern den Gläubigerbanken, die derzeit an den hohen Zinsen für griechische und andere Staatsanleihen gut verdienen. Deshalb hat sich Präsident Sarkozy gegen Bundeskanzlerin Merkel durchgesetzt und eine verpflichtende Einbeziehung der privaten Gläubiger bei der Streckung der griechischen Kreditrückzahlungen verhindert. Denn die großen französischen Banken sind mit hohen Milliardensummen engagiert. Das gilt auch für die EZB, die entgegen ihrem gesetzlichen Auftrag seit 2009 massiv Staatsanleihen aufgekauft hat – und nun auf Schrottpapieren sitzt. Die Notenbank als größte Bad Bank Europas? Ganz abwegig ist die Vorstellung nicht!

Überspitzt formuliert: Diejenigen, die um der angeblich notwendigen Rettung des Euro willen immer neue Wechsel auf die Zukunft ausstellen, gefährden, was sie schützen wollen: Das Vertrauen in die Gemeinschaftswährung, in die europäischen Institutionen, ja in die Demokratie. Den Griechen, auch Bürgern anderer betroffener Staaten, erscheint Europa wie eine Besatzungsmacht, die die nationalen Parlamente entmachtet, tief in ihr Leben eingreift und ihnen Vorschriften macht, deren Sinn sie nicht nachvollziehen können.

Den Bürgern der „Geberländer" andererseits erscheint Europa als ein Fass ohne Boden, als eine Krake, die dem Steuerzahler ins Portmonee greift. Warum sollen „wir" die Schulden der „anderen" bezahlen? Haben wir selbst nicht genug Probleme? So fragt der Normalbürger z. B. angesichts der kommunalen Finanznot, vor dem Hintergrund von Schlaglöchern auf den Straßen, der Schließung von Schulen, Bibliotheken und Sportstätten.

> *„Deutschland garantiert etwas, das es bei Fälligkeit niemals einlösen könnte."*

Die Gefahr einer antieuropäischen Stimmung ist groß. Rationale – und richtige – Argumente dagegen, wie der Hinweis auf den gesicherten Frieden auf dem Kontinent oder die Tatsache, dass das Exportland Deutschland den Großteil seines Außenhandels innerhalb der EU abwickelt, werden angesichts der drohenden Entwicklung kaum noch verfangen.

Wer deshalb vom zusammenwachsenden Europa überzeugt ist und ihm den richtigen Wert beimisst, muss jetzt warnend seine Stimme erheben. Brauchen wir den ESM wirklich? Welche Kontrolle haben die nationalen Parlamente, hat das Europaparlament nicht nur bei der Grundentscheidung, sondern auch bei immer wieder notwendigen Einzelentscheidungen mit erheblicher finanzieller Konsequenz? Nur wenn es hier überzeugende Antworten gibt, wenn Vernunft und Augenmaß die Entscheidungen bestimmen, wird Schaden von Europa abgewendet. ◆

Dräger

Technik für das Leben

www.draeger.com

PRIVAT

Dr. Andreas Unterberger ist Politikwissenschaftler, Ökonom und promovierter Jurist. Er war Chefredakteur der beiden Wiener Tageszeitungen „Die Presse“ und „Wiener Zeitung“ und betreibt jetzt Österreichs meistgelesenen Internet-Blog www.andreas-unterberger.at. Zweimal erhielt Unterberger den österreichischen Journalisten-Staatspreis.

Wir haben keine Euro-Krise, sondern eine Schuldenkrise

Die Zukunft des Euro ist nicht durch einen Staatsbankrott Griechenlands gefährdet, sondern durch Politiker, die die EU-Institutionen zerstören

Von Andreas Unterberger

Als ich Mitte der 90er Jahre einen Halbtag an einem spannenden Seminar mit Milton Friedman teilnehmen durfte, schrumpfte der Mann in meinen Augen vom großen Mythos auf seine physische Größe zusammen. Die bekanntlich sehr gering war. Mir war klar: Der Nobelpreisträger wollte originell sein. Was immer am leichtesten geht, wenn man der großen Mehrheit der Ökonomen widerspricht.

Denn Friedman warnte die Europäer heftig vor der Einführung des Euro. Das klang nicht nur originell, sondern auch nach typischer Interessenpolitik einer Großmacht: Die USA bangten um die Rolle des Dollar als Weltreservewährung, die ihnen viele Dividenden bringt.

„Rund um den Euro sind katastrophale Fehler begangen worden, die heute seine Erfolge überschatten.“

Seit dem Vorjahr baut sich mein Milton-Friedman-Mythos aber langsam wieder auf. Friedman hatte wohl nicht mit seiner gänzlichen Ablehnung des Euro recht, aber dennoch war seine Kritik richtig: So wie der Euro eingeführt wurde, war es ein schwerer Fehler!

Kurz darauf konnte ich in einem Hintergrund-Gespräch mit einem Euro-freundlichen Finanzminister eines großen (nicht deutschsprachigen) EU-Landes die Friedman-Thesen durchdiskutieren: Was ist, wenn Euro-Länder trotz der Maastricht-Kriterien undiszipliniert sind, wenn sie den Forderungen der Gewerkschaften ständig nachgeben, wenn sie große Defizite produzieren, wenn sie Gehälter und Preise schneller steigen lassen als andere Länder beziehungsweise schneller als der Produktivitätszuwachs es erlaubt? Ein solches Land kann ja im Euro-Raum die eigene Währung nicht abwerten. Damit fehlt die wichtigste Gegenmaßnahme, durch die früher die „Erfolge“ der Gewerkschaften regelmäßig wieder wertlos geworden sind. Die Antwort jenes Finanzministers war richtig und logisch: „Den bestrafen die Märkte.“

Wenn Griechenland für Anleihen 23 Prozent Zinsen zahlen muss und Deutschland nur 1,6 Prozent, dann ist der Unterschied die Strafe der Märkte (auch wenn sich deren Höhe tagtäglich ändert).

Die Frage ist nur: Ist es richtig, dass auch die Europäische Zentralbank, die EU und die sich

solidarisch erklärenden Euro-Staaten jetzt gemeinsam mit den Griechen diese Strafen zahlen? Sind wir da nicht genau in der Situation des in der Literatur oft beschriebenen Verschwenders, der immer Besserung schwört, wenn er den reichen Onkel anpumpt? Und der alle Schwüre vergisst, sobald er das Geld hat …

Erfolge und Misserfolge der Griechen und der internationalen Reaktion

Was haben die Strafen nun konkret in Griechenland bewirkt? Da stehen etliche Erfolge auch vielen Misserfolgen gegenüber. Die Erfolge:

- Die griechische Regierung hat in einem Jahr 5 Prozent des BIP eingespart. Das klingt harmlos, das hat aber fast noch nie ein Land außerhalb von Kriegszeiten geschafft.

- Der Konsum der Griechen ist in einem Jahr um rund 15 Prozent zurückgegangen.

- Die Importe sind sogar um mehr als 30 Prozent gesunken.

- Positiv ist prinzipiell auch, dass die Mit-europäer diesmal schon Monate vor der drohenden Zahlungsunfähigkeit Griechenlands Maßnahmen zu diskutieren begonnen haben. Sie tun sich freilich dennoch mit der Antwort schwer. Denn die übereilte und falsche Husch-Pfusch-Aktion des Mai 2010, als Griechenland 110 Milliarden Hilfe zugebilligt worden sind, erweist sich immer mehr als katastrophaler Fehler mit langfristigen Folgen. Und diese können nicht mehr rückgängig gemacht werden.

Den Erfolgen stehen viele Negativa gegenüber:

- Griechenland hat erst ein volles Jahr nach dem ersten Hilfspaket die Investmentbank fixiert, die das Land bei der versprochenen Privatisierung beraten soll. Das ist keinesfalls ein Zeichen von Ernsthaftigkeit.

- Eine griechische Ministerin hat zugegeben, dass auch heute noch für tausende Leichen Gehälter oder Pensionen kassiert werden.

- Die vielen Hinweise auf Korruption und Nachlässigkeiten bei der Steuereintreibung sind nicht geringer geworden.

- Trotz der harten Maßnahmen sind die exorbitanten Gehaltssteigerungen im öffentlichen Dienst seit Einführung des Euro noch nicht ganz kompensiert worden. (Im Vergleich zu deutschen Beamten haben die griechischen seit Einführung des Euro 30 Prozent mehr Gehaltserhöhungen bekommen.)

- Die aggressiven Streiks und Demonstrationen gegen die Sparmaßnahmen zeigen, dass ein guter Teil der Bevölkerung noch keineswegs den Ernst der Lage erkennt.

Neben diesen Enttäuschungen sollte man auch die gefährlichen psychologischen Wirkungen einer neuen Griechenland-Hilfe auf andere Euro-Staaten nicht ignorieren. Diesen wird ein ganz falsches Signal gesendet: „Es gibt immer einen, der euch herauspaukt." Das ist in einem Europa, welches das Prinzip Eigenverantwortung ohnedies weitgehend verlernt hat, sehr gefährlich.

Noch schlimmer aber ist, dass die EZB als Hüterin der Stabilität umgefallen ist. Sie hat mit Taschenspielertricks die eigenen Regeln und den eigenen Auftrag umgangen und steht nun mit einem Tresor voller wertloser griechischer Staatspapiere da. Auch wenn die genaue Summe geheimgehalten wird, ist klar, dass die EZB bald Bedarf an Kapitalerhöhungen haben wird. Die Zentralbank wurde als Mülldeponie missbraucht. Und sie ließ es sich gefallen.

Keine Euro-Krise, sondern Schuldenkrise

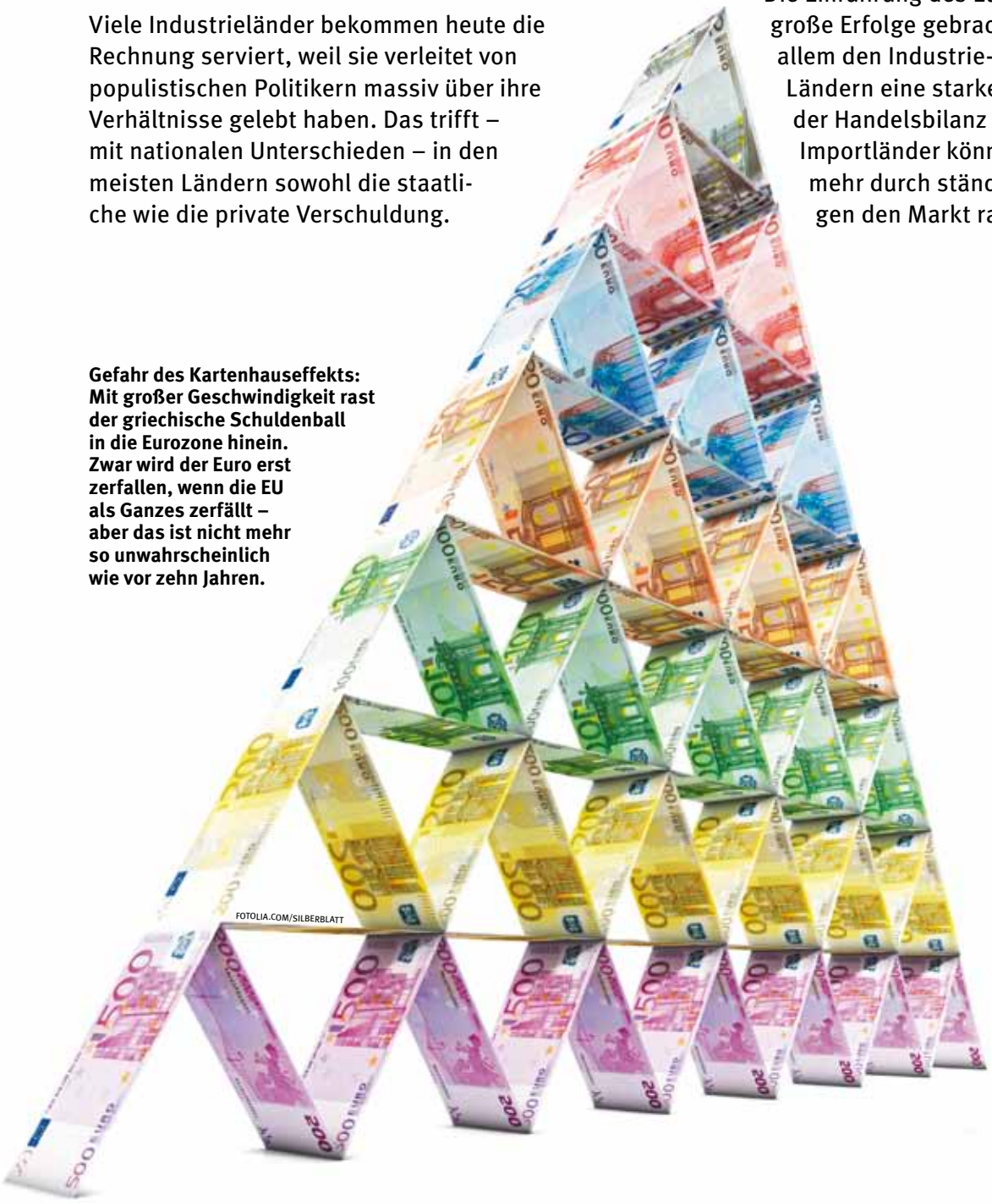
Rund um den Mai 2010 gab es fast keinen Politiker, der die Hilfsaktion nicht damit begründet hätte, dass man damit den Euro rette. Das war

aber die Unwahrheit. Es gab und gibt keine Euro-Krise, sondern eine schwere Schuldenkrise vieler Staaten (innerhalb und außerhalb der EU). Diese Krise wäre auch ohne Euro schlagend geworden. Das Wort Euro-Krise haben nur die Spin-Doktoren der Politik zur Ablenkung von der politisch verursachten Schuldenkrise erfunden. Und die Euro-Gegner wollen durch diese Wortwahl gleich den Euro killen.

Viele Industrieländer bekommen heute die Rechnung serviert, weil sie verleitet von populistischen Politikern massiv über ihre Verhältnisse gelebt haben. Das trifft – mit nationalen Unterschieden – in den meisten Ländern sowohl die staatliche wie die private Verschuldung.

Diese Schuldenkrise muss zu dramatischen Folgen führen, deren Details noch offen sind. Am wahrscheinlichsten ist eine signifikante Intensivierung der Inflation. Durch diese können viele europäische Staaten ihre Schulden am leichtesten in den Griff bekommen. Das gilt tendenziell auch für die derzeitigen Vorzugsschüler Deutschland, Niederlande oder Österreich.

Die Einführung des Euro selbst hat große Erfolge gebracht: Sie hat vor allem den Industrie-orientierten Ländern eine starke Verbesserung der Handelsbilanz gebracht. Die Importländer können ihnen nicht mehr durch ständige Abwertungen den Markt rauben. Expor-



Gefahr des Kartenhauseffekts: Mit großer Geschwindigkeit rast der griechische Schuldenball in die Eurozone hinein. Zwar wird der Euro erst zerfallen, wenn die EU als Ganzes zerfällt – aber das ist nicht mehr so unwahrscheinlich wie vor zehn Jahren.

FOTOLIA.COM/SILBERBLATT

teure sparen teure Transaktionskosten, etwa die Absicherung gegen Währungsschwankungen.

Aber dennoch ist klar: Rund um den Euro sind katastrophale Fehler begangen worden, die heute seine Erfolge überschatten. Der zentrale politische Fehler war, dass die eigenen Regeln nicht ernst genommen worden sind. Es hat zwangsläufig negative Beispielsfolgen, wenn Politiker die selbst gesetzten Regeln ignorieren. Wer einmal lax bei den Regeln ist, wird aber auch selbst nicht mehr ernst genommen. Die wichtigsten Regelbrüche:

- Die laut propagierten Stabilitätskriterien wurden nie ernst genommen. Es wurden von Anfang an Staaten aufgenommen, welche die Maastricht-Kriterien nicht einmal annähernd erfüllten. Dennoch hat damals die EU-Kommission dem Rat „empfohlen", die Kriterien „für eingehalten zu erklären".

- Man hat ebenfalls auf Konsequenzen verzichtet, als später die beiden Schwergewichte Deutschland und Frankreich gegen diese Kriterien verstießen. Was vielen anderen erst recht Mut zur Sünde machte.

- Im Mai 2010 wurde die No-Bailout-Klausel brutal verletzt. Der Artikel 125 des EU-Vertrages verbietet es ja ausdrücklich, dass die EU oder Mitgliedsländer für die Schulden eines anderen Mitgliedslandes einstehen.

- Man hat auch seither die eigene Glaubwürdigkeit weiter demoliert: Die Zeitungsarchive sind voll der Ankündigungen, dass Griechenland, Irland, Portugal keine Hilfe benötigen – bis es wenige Tage später immer ganz anders war.

- Man hat Griechenland nach dem Mai 2010 viel zu lang scharfen Druck in Richtung auf echte Reformen erspart.

Dafür wurde an einer anderen EU-Regel festgehalten: nämlich an der Notwendigkeit einer nationalen Kofinanzierung, wenn ein Land EU-Förderungen in Anspruch nehmen will. Die Griechen haben aber kein eigenes Geld mehr für diese Kofinanzierung und dadurch für sie reservierte Milliarden aus dem EU-Budget verloren. Das ist zwar eine an sich sinnvolle Regel – sofern man akzeptiert, dass die EU eine Transferunion ist, in der Länder und Regionen seit Jahrzehnten von Zuschüssen anderer leben und dadurch der Selbstverantwortung total entwöhnt worden sind. Aber im Falle Griechenlands zeigt die Kofinanzierungsregel, dass sie jedenfalls nicht immer sinnvoll ist.

Wie auch immer die Causa Griechenland weitergeht: Es gibt keine unmittelbare Gefahr eines Zerfalls des Euro. Die nach einem Zahlungsausfall Griechenlands erwarteten wilden Kursausschläge der Währung werden sich binnen kurzem wieder stabilisieren. Der Euro wird erst dann zerfallen, wenn die EU als Ganzes zerfällt. Was freilich – aus ganz anderen Gründen – nicht mehr so unwahrscheinlich ist wie vor zehn Jahren.

Viel größer ist aber jetzt schon die Gefahr, dass Staaten ihre riesigen Schuldenlasten nur noch durch Inflationierung loswerden können. Sie wollen das auch insgeheim. Denn es ist praktisch, wenn man edle Ziele wie Euro-Rettung und Solidarität vorschieben sowie den Handel und „Spekulanten" als Schuldige geißeln kann, statt sich selbst zur Verantwortung für die eigene Schuldenwirtschaft bekennen zu müssen. ◆

Verhandlungsbeginn vor dem Bundesverfassungsgericht am 5. Juli 2011.

PICTURE ALLIANCE/ DPA/ULI DECK

Welche Grenzen setzt das Grundgesetz der Politik?

Der zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts hat am 5. Juli in einer mündlichen Verhandlung sein mit großem Interesse erwartetes neues Europa-Urteil vorbereitet. Es wird für Herbst erwartet. Diesmal geht es um die deutsche Beteiligung an den Griechenland-Hilfen und an den Euro-Rettungschirmen.

Kläger sind der CSU-Bundestagsabgeordnete Gauweiler und fünf Euro-skeptische Professoren. Vorsitzender Richter im zweiten Senat ist Gerichtspräsident Vosskuhle; das wichtige Amt des Berichterstatters hat – wie beim Lissabon-Urteil – Verfassungsrichter di Fabio inne. Er hat nie verhehlt, dass er von den ganzen Euro-Rettungsmodellen nichts hält. Einige meinen deshalb, di Fabio (sein Großvater kam als Stahlarbeiter aus Italien nach Deutschland) werde versuchen, diese Modelle zu versenken.

Doch das wäre Kurzschlussdenken. Denn der Senat hat acht Richter. Und jeder von ihnen hat gleichberechtigt eine Stimme. Wenn man schon spekulieren will, wie das Verfassungsgericht vermutlich entscheiden wird, sollte man sich am ehesten das Lissabon-Urteil näher ansehen. Dort wird zwar in der Begründung das eine oder andere kritisch angemerkt. Im entscheidenden Urteilstenor jedoch wird nur darauf abgehoben, das Parlament müsse künftig deutlich stärker beteiligt werden.

In der Tat könnte der Urteilstenor auch diesmal ähnlich lauten. Denn: Schon zu Prozessbeginn hatte Präsident Vosskuhle erklärt, über die Zukunft Europas und über die richtige ökonomische Strategie zur Bewältigung der akuten Schuldenkrise werde in Karlsruhe „nicht verhandelt“. Es handle sich dabei um eine Aufgabe der Politik, nicht der Rechtsprechung.

Vosskuhle sagte jedoch auch: „Das Bundesverfassungsgericht hat aber die Grenzen auszuloten, die das Grundgesetz der Politik setzt“. Man darf auf das Urteil des zweiten Senats im Herbst also sehr wohl gespannt sein. Bei diesen Grenz-Auslotungen könnte vieles angesprochen werden, was für die Zukunft größte Bedeutung hat. Aber: Eben wohl nur für die Zukunft. *Bruno Waltert*

Die Stiftung Familienunternehmen, vertreten durch ihren Vorstand ***Prof. Dr. Dr. h.c. Brun-Hagen Hennerkes*** *(oben) und die WELT-Gruppe, vertreten durch ihren Herausgeber* ***Thomas Schmid*** *(rechts), bringen am 27. Juni 2011 Politik und Wirtschaft im Axel-Springer-Haus zur WELT-Währungskonferenz in Berlin zusammen.*

Einspruch, euer Ehren!

Der Gesetzgeber beschließt immer neue Rettungsschirme, die das europäische Vertragswerk nicht vorgesehen hatte. Er ermächtigt die Regierung, immer höhere Milliardenbeträge für eine waghalsige Operation zu garantieren – im Namen des Volkes. Nun erheben sich Stimmen aus dem Volk, die sagen: Das muss aufhören! Die deutschen Familienunternehmen und die WELT-Gruppe haben gemeinsam die erste WELT-Währungskonferenz veranstaltet, um diesen Stimmen Gehör zu verschaffen – DER HAUPTSTADTBRIEF dokumentiert die wichtigsten.

FOTOS: ANDREAS SCHOELZEL

Jörg Asmussen*, Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, legt die Auffassung der Bundesregierung dar: „Wenn wir von Krise sprechen – welche Krise meinen wir überhaupt? Anders als viele Beobachter meinen, ist das Ganze keine Währungskrise. Die Staatsschuldenkrise hat keine Eurokrise hervorgerufen."*

Prof. Dr. Jürgen Stark*, Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank, wirbt um Nachsicht für die EZB: „Die Gründe, die zu dieser Krise geführt haben, sind so nicht erkannt worden. Die Schwere der Krise, die wir durchlebt haben, und die ja noch weiter anhält, haben wir so nicht vorausgesehen."*

WELT-Währungskonferenz, 27. Juni 2011, Berlin

Thorsten Polleit: *„Die Europäische Union entwickelt sich mit einem Eigenleben, schafft Institutionen, und wenn die nicht funktionieren, setzen sich Systemexperten ans Werk und führen Reformen durch – aber auch nur so, dass sie weiter Experten des Systems bleiben.“*

Sylvie Goulard: *„Das kleine Spiel, wer hat mehr vom Euro profitiert, ist nicht besonders interessant. Wir befinden uns in einem Rahmen, der Europäischen Union, und davon haben wir alle profitiert.“*

Michael Kemmer: *„Die Situation ist schon vertrackt. Das hat natürlich damit zu tun, dass man sich nicht an die selbst gesetzten Regeln gehalten hat. Aber man muss sich jetzt durchwursteln – auf Sicht fahren und akzeptieren, dass es für die Situation keinen Königsweg gibt.“*

Lüder Gerken: *„Im Augenblick haben wir die Menschen für die europäische Idee verloren. Die Bevölkerung hat natürlich erkannt, dass wir vor ganz großen Problemen stehen und dass die Politik keine Konzepte hat, sie zu lösen – sie eiert herum, seit Monaten.“*

FOTOS: ANDREAS SCHOELZEL

Die erste Podiumsrunde diskutiert über „Unsere Zukunft in Europa“, von links nach rechts: Sylvie Goulard, Mitglied des Europäischen Parlaments, Prof. Dr. Thorsten Polleit, Frankfurt School of Finance & Management, Moderatorin Dr. Inga Michler, Wirtschaftsreporterin der WELT-Gruppe, Prof. Dr. Arnulf Baring, Historiker und Publizist, Dr. Michael Kemmer, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands deutscher Banken, Prof. Dr. Lüder Gerken, Vorsitzender des Centrums für Europäische Politik.

Arnulf Baring: *„Man darf nie vergessen: Der Euro war ein politisches Projekt. Er war teils eine französische Erpressung, der Preis für die Wiedervereinigung. Das andere war der Idealismus von Helmut Kohl, der geglaubt hat – von Wirtschaft verstand er nichts –, eine gemeinsame Währung würde vieles erleichtern.“*

WELT-Währungskonferenz, 27. Juni 2011, Berlin

Hans-Werner Sinn: *„Seit drei Jahren wird Griechenland ausschließlich von der Europäischen Zentralbank finanziert. Die haben keine Lust mehr. Jetzt sind es die Rettungsfonds. Wir sind im vierten Jahr der öffentlichen Finanzierung. Man muss nun den Hahn zudrehen – mit fester, aber behutsamer Hand.“*

Peter Bofinger: *„Wenn man den Hahn zudreht, besteht die Gefahr, dass das Bankensystem zusammenkracht in Griechenland – mit ganz erheblichen Konsequenzen für die Staatsanleihen. Da finde ich es besser, man macht einen Haircut von 50 Prozent.“*

Die zweite Podiumsrunde diskutiert über „Von Rettungsschirm bis Haircut: Ist der Euro noch zu retten?“, von links nach rechts: Prof. Dr. Peter Bofinger, Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Dr. Peter Gauweiler, Mitglied des Deutschen Bundestages, Moderator Jörg Eigendorf, Mitglied der Chefredaktion der WELT-Gruppe, Dr. Thomas Mayer, Chefvolkswirt der Deutsche Bank Gruppe, Prof. Dr. Dietrich Murswiek, Direktor des Instituts für Öffentliches Recht der Universität Freiburg, Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn, Präsident des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung.

Peter Gauweiler: *„Was war denn die Geschäftsgrundlage des Maastricht-Vertrages? Die Geschäftsgrundlage der Veranstaltung war: Der Euro wird so stabil und sicher sein wie die D-Mark. Trifft das zu? Ich habe da meine Zweifel – nein, wir haben es nicht erreicht!“*

Thomas Mayer: *„Nach einem Haircut von 50 Prozent müssen die Griechen ihr Bankensystem in eine Stabilisierungs- und Abwicklungsfazilität hineinbringen. Dann hat Griechenland keine Möglichkeit mehr, auf dem Markt Schulden zu machen.“*

Dietrich Murswiek: *„Die Bailout-Politik, die jetzt betrieben wird, ist mit der geltenden europäischen Währungsverfassung nicht vereinbar. Die Regierung – nicht nur unsere, die europäischen Regierungen im Konzert – handelt rechtswidrig und verstößt gegen die Fundamentalnormen der Stabilitätsunion.“*

DIE ENTDECKUNG DER EINZIGARTIGKEIT
Die Prinzessin auf der Erbse
von Hans Christian Andersen, frei interpretiert und inspiriert durch die meisterliche Formgebung der Berliner Manufaktur.
Intensivieren Sie diese Eindrücke in der Erlebnisausstellung KPM WELT und der MANUFAKTUR VERKAUFSGALERIE im KPM QUARTIER.
KPM QUARTIER WEGELYSTRASSE 1
10623 BERLIN (S-BHF TIERGARTEN)
KÖNIGLICHE
PORZELLAN-MANUFAKTUR
BERLIN
OBJEKTE DER BEGIERDE SEIT 1763
WWW.KPM-BERLIN.COM
TEL. +49 (0)30 390 090

ARGUM/FALK HELLER

Prof. Manfred Güllner ist Gründer und Geschäftsführer der forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH in Berlin. Erst hatte Güllner verschiedene Funktionen an der Uni Köln. 1978 wechselte er zum Statistischen Amt der Stadt Köln, das er als Direktor führte. 1984 gründete er forsa. Der Akademische Senat der FU Berlin ernannte ihn 2003 zum Honorarprofessor für Publizistik und Kommunikationswissenschaft.

Die Parteien in der Wähler-Zentrifuge

Nur 23,6 Prozent **aller** Deutschen wählten zuletzt die Union.
Und nur 16,1 Prozent **aller** Deutschen stimmten für die SPD.
Der Blick auf **alle** Wahlberechtigten zeigt die wirkliche „Beliebtheit" der Parteien

Von forsa-Chef Prof. Manfred Güllner

Bei der letzten Bundestagswahl im September 2009 haben 23,6 Prozent aller Wahlberechtigten die Union, 16,1 Prozent die SPD, 30,2 Prozent eine der kleineren Parteien und 30,1 Prozent gar nicht bzw. ungültig gewählt. Damit war die Zahl der Nichtwähler größer als bei jeder Bundestagswahl zuvor. Selbst bei der ersten Bundestagswahl 1949, als das politische System im Nachkriegsdeutschland noch gar nicht richtig etabliert war, gingen mehr Wahlberechtigte zur Wahl als 2009.

Die Union, die Mitte der 1970er und Anfang der 1980er Jahre von mehr als 43 Prozent aller Wahlberechtigten gewählt wurde, fiel 2009 auf ihren Anteil von 1949 (23,6 Prozent) zurück. Und die SPD lag 2009 sogar unter ihrem Anteil von 1949 (22,2 Prozent). Zuletzt hatte die SPD bei der Reichstagswahl 1924 so wenige Stimmen gehabt wie 2009 (im Mai 1924 gaben 15,7 Prozent aller Wahlberechtigten im Deutschen Reich der SPD ihre Stimme).

Das schwache Ergebnis der Union wurde 2009 jedoch nicht weiter thematisiert, weil durch das gute Abschneiden der FDP, die mit einem Anteil von 10,2 Prozent (auf der Basis aller Wahlberechtigten) ihr zweitbestes Ergebnis seit 1949 erzielte (mehr Wahlberechtigte wählten mit 10,8 Prozent nur 1961 die Liberalen) und somit die Bildung der schwarz-gelben Koalition ermöglichte.

Doch zur Mitte der jetzigen Legislaturperiode ist die bürgerliche Mehrheit von 2009 dahingeschmolzen. Die Union würde derzeit nur von 32 Prozent der Wahlwilligen, die FDP nur von 5 Prozent gewählt. Das entspricht bei einer derzeit zu erwartenden Wahlbeteiligung von weniger als 70 Prozent einem Anteil von 22 Prozent aller Wahlberechtigten für die Union und nur von 3 Prozent für die FDP. CDU/CSU und FDP würden derzeit also zusammen nur von einem Viertel aller Wahlbürger gewählt – drei Viertel würden eine andere Partei oder gar nicht wählen.

> *„Immer größer wird angesichts der Art und Weise, wie viele politische Akteure heute Politik betreiben, der Unmut über Politiker und Parteien."*

Der dramatische Vertrauensverfall der Liberalen (der Rückgang von 10,2 auf 3 Prozent entspricht einem Wählerschwund von 70 Prozent!) ist im übrigen in der Wahlgeschichte der Bundesrepublik ohne Beispiel. Dass die größere Regierungspartei in der Mitte einer Legislaturperiode Sympathien verliert, war schon immer – auch zu

Adenauers Zeiten – zu beobachten. Dass aber die kleinere Regierungspartei (bis 1998 die FDP in Koalitionen mit der Union bzw. der SPD; zwischen 1998 und 2005 die Grünen) so dramatisch an Vertrauen verliert, ist bislang einmalig.

Für das bürgerliche Lager fatal daran ist, dass nur ein kleiner Teil (etwa ein Viertel) der seit 2009 abgewanderten FDP-Wähler zur Union zurückkehrt, obwohl die FDP 2009 von unzufriedenen früheren CDU-Wählern profitiert hatte. Und nur ein Viertel der 2009er FDP-Wähler würde derzeit wieder der FDP die Stimme geben; alle anderen liberalen Wähler von 2009 aber würden derzeit gar nicht mehr zur Wahl gehen oder eine andere Partei (manche inzwischen sogar die Grünen) wählen.

Anders als früher profitiert die SPD als Oppositionspartei aktuell nicht von der Schwäche der die bürgerliche Koalition tragenden Parteien. Die SPD könnte zur Zeit mit 23 Prozent der Wahlwilligen nur mit einem ähnlichen Ergebnis wie 2009 rechnen. Die Wählersubstanz der SPD hat sich somit mit knapp 16 Prozent aller Wahlberechtigten im Vergleich zur Wahl 2009 nicht vergrößert. Die SPD ist deshalb mitnichten – wie von ihr oft selbst behauptet – „wieder da", sondern verharrt weiter in ihrem Tief.

Der andauernde Vertrauens- und Ansehensverlust der beiden ehemals „großen" Parteien zeigt sich im übrigen auch bei den Landtags- und Kommunalwahlen, die seit der letzten Bundestagswahl stattfanden. In der Summe der 6 Landtagswahlen (Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Bremen) seit 2009 wurde die CDU von 21,0, die SPD von 18,6 Prozent der Wahlberechtigten in diesen 6 Ländern gewählt. Für die CDU bedeutet das im Vergleich zur Bundestagswahl 2009 einen Verlust von 2,2 Prozentpunkten, für die SPD einen mageren Zugewinn von 1,3 Prozentpunkten.

Die CDU konnte – außer bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg – bei allen anderen Landtags- bzw. Bürgerschaftswahlen weniger Wähler zum Gang zur Wahlurne bewegen als bei der letzten Bundestagswahl. In Hamburg büßte die CDU sogar fast zwei Fünftel ihrer Wähler von 2009 ein – die Quittung dafür, dass sie den Grünen zuviel Zugeständnisse gemacht hatte. In Nordrhein-Westfalen führte diese Mobilisierungsschwäche zum Regierungswechsel. Und im einzigen Bundesland, in dem die CDU ähnlich viele Wähler wie 2009 mobilisieren konnte (in Baden-Württemberg), kam es ebenfalls zu einem Regierungswechsel.

PICTURE-ALLIANCE/DPA/JENS BÜTTNER

Westerwelle, Rösler und das schwere Erbe: Derzeit würde nur ein Viertel der FDP-Wähler von 2009 wieder pro FDP votieren.

Bedacht werden muss dabei, dass die CDU bei der Bundestagswahl in Baden-Württemberg wie in Bayern im Gegensatz zum Rest der Republik Verluste hinnehmen musste, so dass die Ausgangslage bei der Landtagswahl 2011 schlechter als in anderen Regionen war und somit auch eine relativ gute Mobilisierung der CDU-Anhänger die Regierungsmehrheit nicht mehr sichern konnte.

Die SPD konnte nur bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg in nennenswertem Umfang Wähler wieder zurückgewinnen, die zwischen 1998 und 2009 abgewandert waren. Mit einem wirtschaftsfreundlichen und klaren Abgrenzungskurs gegenüber den Grünen gelang es der jetzt von Olaf Scholz geführten SPD, fast 40 Prozent mehr Wähler zu mobilisieren als bei der Bundestagswahl 2009. In allen anderen Ländern dagegen konnte die SPD im wesentlichen nur die wenigen, ihre im September 2009 verbliebenen Anhänger wieder als Wähler gewinnen. Wenn es dennoch – wie in Nordrhein-Westfalen – zu einem Regierungswechsel reichte, war dies nicht einer wiedergewonnenen Stärke der SPD, sondern der Schwäche der Union zu verdanken.

Nicht nur in Umfragen, sondern auch bei den 6 Landtagswahlen seit 2009 musste die FDP drastische Einbrüche hinnehmen: Ihr Anteil sank in der Summe aller Landtagswahlen seit 2009 von 11,0 auf 3,4 Prozent (Basis: Wahlberechtigte) – ein Schwund von 69 Prozent!

Starke Einbußen im Vergleich zur Bundestagswahl 2009 hatte bei den Landtagswahlen seit 2009 im übrigen auch die linke Partei zu verzeichnen: Die Linke fiel von 6,9 Prozent im September 2009 auf 3,3 Prozent (bezogen auf alle Wahlberechtigten). Die Linke büßte somit bei den letzten 6 Landtagswahlen über die Hälfte ihrer Wähler von 2009 ein.

Die einzige Partei, die in der Summe der 6 Landtagswahlen mehr Wähler zu verzeichnen hatte als im September 2009, waren die Grünen: Ihr Anteil stieg in den 6 Ländern, in denen seit 2009 Wahlen stattfanden, von 7,8 Prozent auf 9,5 Prozent.

PICTURE-ALLIANCE/DPA/JOCHEN LÜBKE

Sie haben gut lachen: Grünen-Chefs Roth, Özdemir. In den letzten sechs Landtagswahlen legte ihre Partei zu.

Allerdings fiel der Zuwachs der Grünen mit einem Plus von 1,7 Prozentpunkten nicht so riesig aus, wie von manchen gemutmaßt. Überproportional groß war der Zuwachs der Grünen nur in Baden-Württemberg, wo sie ihren Anteil von 9,9 Prozent bei der Bundestagswahl 2009 um 5,9 Prozentpunkte auf 15,8 Prozent (bezogen auf alle Wahlberechtigten) verbessern konnten. In allen anderen Ländern aber war der Zuwachs der Grünen eher moderat.

Die optische Stärke der Grünen, die in Nordrhein-Westfalen zusammen mit der SPD regieren können, in Baden-Württemberg und im Land Bremen hinter der CDU bzw. der SPD zur zweitstärksten Partei wurden und in Baden-Württemberg sogar den ersten grünen Ministerpräsidenten stellen können, verdanken sie somit nicht einem übergroßen Zulauf von Wählern, sondern der Mobilisierungsschwäche der anderen Parteien und der dadurch bedingten geringen Wahlbeteiligung.

Dies zeigen zum Beispiel die Wahlen in Bremen. Hier wurden die Grünen bei der Bürgerschaftswahl im Mai 2011 von 12 Prozent aller Wahlberechtigten gewählt. Das bedeutet bei einer Wahlbeteiligung von nur 56 Prozent einen Anteil auf der Basis der gültigen Stimmen von 22,5 Prozent. Bei der Bundestagswahl 2009 machten 10,7 Prozent der Wahlberechtigten, die damals die Grünen wählten, jedoch bei einer Wahlbeteiligung von ca. 70 Prozent nur 15,4 Prozent der gültigen Stimmen aus.

Und 1987, als die Grünen in Bremen mit 11,9 Prozent schon einmal vor fast 25 Jahren von ebenso vielen Wahlberechtigten gewählt wurden wie 2011, ergab dies bei der damaligen Wahlbeteiligung von fast 83 Prozent nur einen Anteil von 14,5 Prozent auf der Basis der gültigen Stimmen.

Auch in Nordrhein-Westfalen erhielten die Grünen bei der Bundestagswahl 2009 schon genauso viele Stimmen wie bei der Landtagswahl im Mai 2010. Und bei der Kommunalwahl 1994 wählten sogar mehr Wahlberechtigte als 2010 an Rhein und Ruhr die Grünen.

Zur Mitte der Legislaturperiode hält alles in allem der Vertrauens- und Ansehensverlust der Parteien generell an. Union, FDP und Linke würden weniger Stimmen erhalten als bei der letzten Bundestagswahl; die SPD könnte nur die ihr verbliebenen wenigen Wähler wieder für sich gewinnen, würde aber nur wenige der 10 Millionen zwischen 1998 und 2009 abgewanderten früheren SPD-Wähler wieder zurückgewinnen können.

Lediglich die Grünen würden von etwas mehr Wahlberechtigten gewählt als 2009; aber von einer „Volkspartei“, wie von manchen gemutmaßt, sind auch sie noch weit entfernt.

Immer größer wird angesichts der Art und Weise, wie viele politische Akteure heute Politik betreiben, der Unmut über Politiker und Parteien. Ein Ende der Erosion des Parteienvertrauens ist im Sommer 2011 nicht in Sicht, zumal auch die jüngsten politischen Entscheidungen – wie die abrupte Kehrtwende in der Energiepolitik – von vielen Bürgern eher als opportunistisch und wenig glaubwürdig gewertet werden. ◆

IMPRESSUM Verleger: Detlef Prinz
Herausgeber und Chefredakteur: Bruno Waltert
Art Director: Paul Kern
Satz und Bildbearbeitung: Mike Zastrow, Manuel Schwartz
Verlag: HAUPTSTADTBRIEF Berlin Verlagsgesellschaft mbH
Tempelhofer Ufer 23-24, 10963 Berlin
Telefon 030 - 21 50 54 00, Fax 030 - 21 50 54 47
info@derhauptstadtbrief.de, www.derhauptstadtbrief.de
Redaktionsschluss: 5. Juli 2011, Druck: ESM Satz und Grafik GmbH, Berlin
Wiedergabe von Beiträgen aus dem HAUPTSTADTBRIEF stets mit der Quellenangabe:
© DER HAUPTSTADTBRIEF. Für unverlangte Zusendungen keine Haftung.

Die Parteipräferenzen im Bund

Grüne und SPD zuletzt gleichauf

		CDU/CSU	FDP	SPD	Die Linke	Grüne	Sonstige
							Alle Angaben in Prozent
	Bundestagswahl*	33,8	14,6	23,0	11,9	10,7	6,0
	Umfrage-Werte in Woche …						
2011	1. (3.1.-7.1.)	35	3	25	9	21	7
	2. (10.1.-14.1.)	36	4	24	9	20	7
	3. (17.1.-21.1.)	37	4	23	9	20	7
	4. (24.1.-28.1.)	36	5	22	9	21	7
	5. (31.1.-4.2.)	36	5	22	10	20	7
	6. (7.2.-11.2.)	36	5	22	11	19	7
	7. (14.2.-18.2.)	36	5	23	10	18	8
	8. (21.2.-25.2.)	34	5	27	10	16	8
	9. (28.2.-4.3.)	36	5	26	10	16	7
	10. (7.3.-11.3.)	36	6	26	10	15	7
	11. (14.3.-18.3.)	33	5	25	9	20	8
	12. (21.3.-25.3.)	33	5	25	8	21	8
	13. (28.3.-1.4.)	30	3	23	9	28	7
	14. (4.4.-8.4.)	30	4	24	8	27	7
	15. (11.4.-15.4.)	31	3	23	8	28	7
	16. (18.4.-21.4.)	31	4	22	9	27	7
	17. (26.4.-29.4.)	31	4	21	8	28	8
	18. (2.5.-6.5.)	31	4	22	9	26	8
	19. (9.5.-13.5.)	32	3	22	9	26	8
	20. (16.5.-20.5.)	32	5	21	9	26	7
	21. (23.5.-27.5.)	30	4	24	8	26	8
	22. (30.5.-3.6.)	30	5	22	8	27	8
	23. (6.6.-10.6.)	31	4	23	9	26	7
	24. (13.6.-17.6.)	32	4	23	9	25	7
	25. (20.6.-24.6.)	32	5	23	9	24	7
	26. (27.6.-1.7.)	33	5	23	9	23	7

Quelle: forsa

Das forsa-Institut ermittelte diese Werte durch wöchentliche Befragung von in der Regel rund 2500 wahlwilligen Deutschen.

* Amtliches Endergebnis der Bundestagswahl vom 27. Sept. 2009 (Zweitstimmen)

ANDREAS SCHOELZEL

Bruno Waltert ist Gründungs-Chefredakteur des HAUPTSTADTBRIEF und jetzt auch dessen Herausgeber. Das politische Geschehen beobachtet und kommentiert er seit vielen Jahren aus der Perspektive des Hauptstadtjournalisten. Unter anderem war er bei der *Welt*, damals noch in Bonn, Blattmacher und stellvertretender Chefredakteur, später lange Jahre Chefredakteur der *Berliner Morgenpost*.

Im September wird in Berlin gewählt

SPD und Grüne liegen klar an der Spitze – wer von beiden am Ende die Nase vorn hat und dann vermutlich den Regierenden Bürgermeister stellt, ist noch offen

Von Bruno Waltert

Im Land Berlin rückt der Termin zur Wahl eines neuen Abgeordnetenhauses (Landtags) näher. Wahltag ist der 18. September. Umfragen über den voraussichtlichen Wahlausgang finden deshalb derzeit größeres Interesse als in „normalen Zeiten“. Nach gegenwärtigem Stand liefern sich SPD und Grüne weiter das, was man ein Kopf-an-Kopf-Rennen nennt.

Hatten die Grünen vor einigen Wochen vorübergehend noch die Nase vorn, so zog zuletzt die SPD vor und holte sich wieder Platz eins. Der Abstand zwischen den beiden Kontrahenten liegt derzeit bei etwa drei bis vier Prozentpunkten. Politische Beobachter halten es nach derzeitigem Stand für wahrscheinlich, dass die SPD auch am Wahlabend vor den Grünen liegen wird. Denn SPD-Spitzenkandidat Klaus Wowereit gilt offensichtlich vielen Berlinern – trotz gewachsener Vorbehalte gegen ihn – als akzeptabler als Renate Künast, die Spitzenfrau der Grünen.

Und: Wowereit hat als einziger Spitzenkandidat bereits mit publikumswirksamen, wahlkampfrelevanten Aktionen begonnen. Zwar ist auch Frau Künast aktiv; aber sie erzielt meist nur in grünem Umfeld stärkere Wirkung. Wowereits Auftritte scheinen größere Breitenwirkung zu haben.

> *„Wowereits Auftritte scheinen größere Breitenwirkung zu haben.“*

Auffällig farblos zeigt sich bis jetzt im Wahlkampf die Berliner CDU. Hatte sie schon seit langem die vielen Schwachstellen nicht genutzt, die der rot-rote Senat Wowereits ihr geboten hat, so glänzt sie auch jetzt, kurz vor der Wahl, durch weitgehende öffentliche Unvernehmbarkeit. Kein Wunder also, dass CDU-Spitzenkandidat Frank Henkel in Berlin nur einer Minderheit der Wähler überhaupt bekannt ist. Beobachter meinen, dass die Union – möglicherweise mal wieder falsch beraten – zufrieden sein kann, wenn sie am 18. September etwa 18 oder 19 Prozentpunkte holt.

Die Linke hat im Osten Berlins an Zustimmung verloren und liegt nun in der ganzen Stadt bei nur noch 11 bis 12 Prozentpunkten.

Schließlich zur FDP: Für sie sieht es weiter reichlich unerfreulich aus – in Berlin 3 bis 4 Punkte nur. Alle sonstigen Parteien zusammen kamen zuletzt auf 6 Prozent.

Zwei Wochen früher als die Berliner, bereits am 4. September nämlich, sind die Wähler in Mecklenburg-Vorpommern aufgerufen, einen neuen Landtag zu wählen. Hier wird befürchtet, dass die Wahlbeteiligung besonders niedrig liegen könnte. Aber wer weiß: Vielleicht ja machen die Hauptstädter den „Fischen“ im deutschen Nordosten in dieser Sache noch etwas vor... ◆

RAINER FETTING/KAI ANNETT BECKER, BERLIN

Rainer Fettings Bild *Drummer und Gitarrist* von 1980 hat seinen Stammplatz in Klaus Wowereits Amtszimmer im Berliner Rathaus. Während der Ausstellung in der *Berlinischen Galerie* verzichtet der Regierende Bürgermeister vorübergehend darauf.

Ein jung gebliebener Wilder

Seit 40 Jahren macht Rainer Fetting Berlin zum Thema seiner Bilder. Jetzt zeigt die Berlinische Galerie eine Werkschau. Sie heißt ganz schlicht: *Berlin*

Von Peter Funken

„Die Stadt ist heute freundlicher“, sagt Rainer Fetting, freundlicher als das alte West-Berlin, in dem er Ende der 1970er Jahre mit seinen Freunden Salomé, Bernd Zimmer und Helmut Middendorf die *Wilde Malerei* erfunden hatte. Zum Studium zog es Fetting 1972 nach Berlin, 1977 gründete er mit anderen *Neuen Wilden* die Selbsthilfegalerie am Moritzplatz in Kreuzberg. Seitdem lebt und arbeitet der Künstler in diesem eher armen, aber immer „angesagten“ Bezirk.

Hier im Osten des Westens war die Teilung der Stadt hautnah zu erleben; denn im legendären Kreuzberger *SO 36* ging die Mauer mitten durch die Straßen. Für Fetting wurde sie zu einem bedeutenden Motiv, das er in zahlreichen Bilder-

PRIVAT

Dr. Peter Funken ist Kunstjournalist, Ausstellungsmacher und Zeichner. Er lebt seit 1984 in Berlin, schreibt u.a. für *Kunstforum International* und die spanische Zeitschrift *ART ES* und kuratierte Ausstellungen wie *MaschinenMenschen, Flecken in Geschichte und Gegenwart, Faktor Arbeit* und *Hannah Arendt Denkraum*. Mit Rainer Fetting teilt er die Leidenschaft für Kreuzberg.

serien und Zeichnungen festhielt – dynamisch gezackt oder flächig und immer in stark leuchtenden Farben malte er die Mauer. Emotional und unmittelbar dargestellt, wird sie zum Zentrum oder Hintergrund für sein Leben, das in dieser Ära von „Gefühl und Härte“, so der Songtitel einer Punkrockband von 1981, bestimmt war.

RAINER FETTING/KAI ANNETT BECKER, BERLIN

Rainer Fettings *Berlin*, Kapitel *Das neue Berlin: Psychedelic East I*, 1990.

Die *Berlinische Galerie* zeigt bis zum 12. September 2011 eine retrospektive Ausstellung Rainer Fettings. Es sind 40 großformatige Werke und zahlreiche grafische Arbeiten des 1949 in Wilhelmshaven geborenen Künstlers. Seine Malerei begegnet uns in vier Kapiteln, die überschrieben sind mit *Mauerbilder*, *Drummer und Gitarrist, Rollenspiele und Freundschaftsbilder* sowie *Das neue Berlin*.

Es ist eine schöne und wichtige Ausstellung, die das Museum zusammengestellt hat, und es ist eine Zeitreise, die mit den frühen, noch „untypischen“ Arbeiten im realistischen Stil beginnt, ihren Höhepunkt in emotional aufgeladenen Bildern der 1980er Jahre findet und mit Werken endet, die den architektonischen Neubeginn in der Hauptstadt nach dem Mauerfall zum Anlass nehmen.

1978 lebte Fetting ein Jahr lang in New York. Zurück in Berlin entstand die Serie der großformatigen Bilder *Drummer und Gitarrist*, zu denen ihn seine Besuche des legendären Rock-Clubs CBBJ inspiriert hatten. Ähnlich wie bei dem Thema homosexueller Körperlichkeit war damals auch die Darstellung von ekstatischen Rockmusikern noch ungewohnt und wirkte provozierend. In der Malweise zupackend und spontan, in der Komposition dynamisch, in den Farben grell, geradezu schreiend sind diese Bilder, die Momente aggressiver und lauter Sounds erfassen wollen und es auch können.

Anders Fettings Selbstbildnisse, in denen er keine psychologische Tiefe anstrebt, sondern Möglichkeiten des Rollenspiels, der Verkleidung und Maskierung erprobt, so als wolle er uns mit Rimbaud zurufen: „Ich, das ist ein anderer!“ Fettings Malerei hat sich an berühmten Vorbildern orientiert, besonders am Expressionismus. Künstler wie Ernst Ludwig Kirchner, van Gogh und Gauguin waren seine Vorbilder – immer wieder stellt er sich als Maler mit großem Hut dar, so wie ihn einst Vincent van Gogh trug. Eine seiner Ausstellungen benannte er deshalb sogar *Rückkehr der Giganten*.

Vor allem aber ist Rainer Fetting bis heute eigene Wege gegangen; denn er malt nach wie vor in äußerster Unmittelbarkeit und Subjektivität, das, was ihn berührt, bewegt und umgibt. In der Ausstellung ist von daher oft kaum auszumachen, ob es sich um frühe Bilder handelt oder um solche, die in der näheren Gegenwart entstanden. Der Künstler hat seinen intuitiven Drive und die Energetik behalten, die ihn und sein Werk immer charakterisierten. ◆

Rainer Fetting: *Berlin*. Ausstellung in der Berlinische Galerie, Landesmuseum für moderne Kunst, Fotografie und Architektur. Bis 12. September 2011. Alte Jakobstraße 124-128, 10969 Berlin. Geöffnet Mi-Mo 10-18 Uhr, Di geschlossen. Eintritt €8, ermäßigt €5, jeden ersten Montag im Monat €4, freier Eintritt bis 18 Jahre. www.berlinischegalerie.de

HGHI LEIPZIGER PLATZ GMBH

So soll's einmal aussehen: Vorn ein Stück des Neubaus, überdacht. Im Hintergrund das historische heutige Bundesratsgebäude an der Leipziger Straße in Berlin.

Neue Mega-Shoppingwelt für Berlin

Auf dem Wertheim-Areal, wo einst Europas größtes und schönstes Kaufhaus stand: Nach drei gescheiterten Anläufen soll bis Herbst 2013 ein imposanter Neubau entstehen. Und zugleich die größte Baulücke am Leipziger Platz geschlossen sein

Von Tobias von Schoenebeck

Leipziger Platz 12: Hinter dieser Adresse verbirgt sich einer der derzeit größten innerstädtischen Bauplätze Berlins. Einst stand hier mit dem von 1896 bis 1906 nach Plänen Alfred Messels errichteten „Wertheim" das größte und schönste Kaufhaus Europas. Das prächtige Gebäude wurde im Zweiten Weltkrieg zerstört und zu DDR-Zeiten fast vollständig abgeräumt. Auch nach der Wiedervereinigung lag das 22 000 Quadratmeter große Gelände – das entspricht der Fläche von etwa drei Fußballfeldern – mehr als 20 Jahre lang brach, mitten im Herzen der Stadt.

Verschiedene Investoren hatten sich vergeblich an der Entwicklung des größten Teilstücks des achteckigen Leipziger Platzes versucht. Doch nun, nachdem im April dieses Jahres die letzten Klagen von Anwohnern gegen das Projekt

DIE HOFFOTOGRAFEN

Tobias von Schoenebeck ist Historiker und Publizist. Er lebt in Berlin und schreibt über Stadtentwicklung, Kultur und Geschichte der Stadt. Als Inhaber einer Agentur für Kulturarrangements veranstaltet und organisiert er Berlin-Programme. Wie Berlin sich durch neue Architektur verändert, interessiert ihn besonders.

abgewiesen worden waren, haben dort die Bauarbeiten für ein riesiges neues Shoppingcenter begonnen. Bauherr ist der Berliner Unternehmer Harald Huth, der sich mit der erfolgreichen Errichtung der Einkaufszentren „Gropius-Passagen“ (Berlin-Neukölln) und „Das Schloss“ (Berlin-Steglitz) bereits einen Namen gemacht hat.

Die für das Projekt beauftragten Architekturbüros Manfred Pechtold, nps Tchoban Voss und PSP Architekten und Ingenieure wollen bis zum Herbst 2013 auf dem Wertheim-Gelände einen mächtigen Komplex mit insgesamt 152 000 Quadratmeter Bruttogeschossfläche bauen, bestehend aus zwölf Gebäudeteilen mit drei bis sechs oberirdischen und drei unterirdischen Etagen.

Das Herzstück der Anlage soll eine 120 Meter lange, zum Teil überdachte Einkaufspassage bilden, die im rechten Winkel zur Leipziger Straße verläuft. Genau auf der Höhe des Bundesratsgebäudes gelegen, bietet sie einen direkten Blick auf das historische „Preußische Herrenhaus“ und fungiert als Flaniermeile mit einer Piazza in der Mitte. Mit einer Verkaufsfläche von mehr als 50 000 Quadratmetern ist sie etwa so groß wie das „Alexa“ am Alexanderplatz und doppelt so groß wie die Arkaden am Potsdamer Platz.

Verteilt auf vier Geschosse werden hier jeweils etwa 50 Geschäfte einziehen. Übrigens wird durch diese Passage auch eine wettergeschützte Verbindung zwischen dem Bundesrat und den hinter dem Komplex liegenden Landesvertretungen geschaffen. Ergänzt wird das Bauprojekt durch rund 170 Wohnungen, Büros, einem „Motel One“ Hotel und einer Tiefgarage mit etwa 800 Stellplätzen.

Die Investitionskosten für das Projekt „Leipziger Platz 12“ beziffert Huth auf rund 470 Millionen Euro. Mit seinem Unternehmen HDHI (High Gain House Investments GmbH) übernimmt er das Grundstück vom bisherigen Eigentümer, der Orco-Gruppe, für einen Kaufpreis von 126 Millionen Euro. Orco hatte die Freifläche im Jahr 2006 für 75 Millionen Euro erworben, musste jedoch die Entwicklung eines eigenen Großprojekts aufgeben, weil das Immobilien-Unternehmen infolge der Finanzkrise von 2008 in wirtschaftliche Probleme geraten war.

Vor Orco waren bereits mehrere andere Investoren mit ihren Plänen für die Neugestaltung des Wertheim-Geländes gescheitert. Mitte der 1990er Jahre wollte das Münchner Ehepaar Peter und Isolde Kottmair dort unter anderem eine Spielstätte für den Cirque du Soleil bauen, sprang aber im Streit um einen alten U-Bahn-Tunnel auf dem Gelände wieder ab.

Zu Beginn des neuen Jahrtausends hatte die bundeseigene Treuhand-Liegenschaftsgesellschaft vor, mit der „Bauwert“ und dem Einkaufscenter-Betreiber ECE ein Luxus-Shoppingquartier zu entwickeln. Auch dieser Plan platzte aber, weil der Bund zwischenzeitlich Rückübertragungsansprüche der Wertheim-Erben akzeptierte und ihnen das Grundstück übertrug. Von diesen übernahm dann die Orco-Gruppe das Gelände. Mit Harald Huth versucht sich jetzt der vierte Investor am Wertheim-Areal.

Städtebaulich ist der Lückenschluss am Leipziger Platz hochinteressant. Zum einen wird der Wiederaufbau des Platzes in seiner historischen Achteck-Form fast komplettiert. Zum anderen wird es für kauflustige Passanten attraktiv, vom Potsdamer Platz zu Fuß bis zur Friedrichstraße zu gehen. Denn durch die geplante Einkaufspassage wird quasi eine „Shopping-Verbindung“ von hier nach dort geschlagen. Huth ist davon überzeugt, dass auf diese Weise eine außergewöhnliche Einkaufsmeile entsteht.

In der neuen Shoppingwelt am Leipziger Platz sollen sich im Erdgeschoss und in der Etage darüber vor allem hochwertige Modelabel präsentieren. Als besonderes Highlight ist im zweiten Obergeschoss die Einrichtung des „größten Berliner Food Courts“ vorgesehen, in dem 30 Restaurants und Cafés „für ein Genusserlebnis der Extraklasse“ sorgen sollen. Ab der für Herbst 2013 geplanten Eröffnung rechnet der Bauherr mit bis zu 70 000 Besuchern täglich. ◆

Wir entwickeln die Zukunft ...

→ **als Pionier im Bereich solarthermischer Kraftwerke**
und Technologieführer für Parabolrinnen-Kraftwerke, der in Spanien mit Andasol Europas erste Anlagen dieser Art realisiert hat. Im kalifornischen Blythe entsteht derzeit der weltgrößte Solarstandort.

→ **als globaler Full Service-Provider solarthermischer Anlagen,**
der alle wichtigen Geschäftsfelder von der Projektentwicklung und -finanzierung, der Technologie bis zum schlüsselfertigen Bau und Betrieb der Kraftwerke abdeckt. Im Sonnengürtel der Erde verfolgen wir Projekte mit einer Gesamtleistung von mehr als 2.000 Megawatt.

→ **als Mitbegründer der Industrieinitiative Dii**
zur Umsetzung der Desertec-Idee und Partner vor Ort, der durch die Zusammenarbeit mit lokalen Teams Wertschöpfung in der jeweiligen Region schafft – so z.B. beim Bau der ersten modernen Parabolrinnen-Anlage Ägyptens in Kuraymat. Eine Win-Win-Situation, die gerade vor dem Hintergrund des „Arabischen Frühlings“ zur Stabilität beitragen kann.

→ **als Impulsgeber für eine Europäische Solarunion,**
denn auch neue solarthermische Kraftwerke im Süden Europas können sichere, planbare und saubere Energie für Deutschland und andere mittel- und nordeuropäische Länder produzieren. Sie ergänzen damit optimal die dort vorhandenen Potenziale an Wasser- und Windenergie. Eine ökologisch und ökonomisch sinnvolle Partnerschaft auf dem Weg zu einer europäischen Energiewende!

Mehr erfahren:
Solar Millennium AG | Nägelsbachstraße 33 | 91052 Erlangen

www.SolarMillennium.de

Solar Millennium

SCHLOSSHOTEL IM GRUNEWALD
AlmaBerlin

Tel +49 030 89 58 40
www.almahotels.com